

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 3.00 Mark monatlich, 30.00 Mark jährlich...
Einzelhefte: 1.00 Mark pro Heft...
Anzeigenpreise: 1.00 Mark pro Zeile pro Tag...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Annoncenzeile oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Verordnungen...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 18. März 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Epigonen und die Vollstrecker.

1848 — 18. März — 1914.

Einem demokratischen Ideologen muß schwere Melancholie überkommen, wenn er am 18. März der Entwicklung gedenkt, die seit dem „tolle Jahre“ 1848 das deutsche Bürger-tum genommen hat.

Welcher fortschrittlich Denkende hätte sich Anno 48 träumen lassen, daß das Jahr 1914 nicht nur einem wilden Lande weit hinten in der Türkei einen landfremden König bescheren könne, an den vordem keine Seele in Albanien gedacht, sondern auch einem deutschen Landesheile, dessen Volk-mehrheit alles andere als Sehnsucht nach einem solchen „Landesvater“ bekundet. Wer unter den ehrlichen bürgerlichen Demokraten und Fortschrittler hätte es damals aus-zudenken gewagt, daß dreiviertel Jahrhundert später in deutschen Landen ein dynastischer Ehehandel über die politi-schen Geschehnisse der Staatsbürger entscheiden könne! Denn damals, als der politische Wurzsturm unter Bliz und Donner in ganz Europa Gottesgnadentum und feudalen Wust hinweggefegt zu haben schien, redete sich der Bürgerstolz und die freie Selbstbestimmung der Völker schien gesichert. Und heute? Haben wir nicht die Tragikomödie von Babern un-mittelbar hinter uns? Hat nicht das Gesetz, die Konstitution schmählich kapituliert vor der Militärdiktatur, vor dem vor-märzlichen Absolutismus, vor der Kabinettsorder von 1820? Haben nicht die Gralshüter des extremsten bürgerlichen Liberalismus feierlich beschworen, daß sie nicht entfernt daran dächten, die unbeschränkte Kommandogewalt des „obersten Kriegsherrn“ irgendwie antasten zu wollen?

All das Unglückliche geschah an der Jahreswende 1913/14 — und im Jahre 1848 beschloß das Preußen-parlament, die „preussische Nationalversammlung“, daß die preussische Militärverwaltung rücksichtslos alle Elemente aus dem Offizierskorps ausmerzen solle, die reaktionäre Ge-sinnung verdächtig seien! Dabei war dies Preußenparlament, das seiner Nachfolgerin von Gnaden des Verfassungsbruchs, der Dreiklassen-Duma, solche Schmach antat, zwar aus dem allgemeinen und gleichen, aber zugleich auch aus indirektem Wahlrecht hervorgegangen, dieweil man das Volk für die direkte Wahl noch nicht für „reif“ erklärt hatte. Und dennoch sagte dieses aus gestiebter Wahl hervorgegangene Preußen-parlament Beschlüsse, vor denen einem heutigen Dreiklassen-mann das Schandern antommen muß. Schaffte sie doch kurzerhand den Adel ab, und obendrein mit der frivolsten Ver-gründung eines Abgeordneten: wenn eine Firma bankrott ge-worden sei, sei es Pflicht, sie nicht mit in das neue Geschäft hinüberzunehmen. Solch dicken Strich wollte dies preussische Parlament unter die Zeit des verfrachten Feudalismus und Absolutismus ziehen, daß sie auch mit 217 gegen 134 Stimmen beschloß, dem König die Formel „von Gottes Gnaden“ abzuerkennen. Dreist und tempel-schänderisch folgte man den Darlegungen des Antragstellers — er trug obendrein den plebejischen Namen Schneider, natürlich: Gebatter Schneider und Handschuhmacher! — der da meinte, der Ausdruck von Gottes Gnaden sei ein Begriff des gestürzten absolutistisch-patriarchalischen Regierungssystems, wo der Fürst der Herr, der Bürger der Untertan gewesen sei. Die Revolution habe bewiesen, daß auch das Volk „von Gottes Gnaden“ sei.

Die Revolution! Welcher Fortschrittmann von heute verhält nicht sein Haupt vor diesem schreckhaften Begriff. Aber damals waren die Abgeordneten in der preussischen Nationalversammlung gar nicht so schreckhafter Natur. Ein Abgeordneter stellte den Antrag, „in Anerkennung der Revo-lution zu Protokoll zu erklären, daß die Kämpfer des 18. und 19. März sich ums Vaterland verdient gemacht haben.“ Rüge man, so führte er aus, die Schrecken des Kampfes beklagen, so siehe es doch fest, daß eine solche Staatsumgestaltung nur in großen Katastrophen des Kampfes geboren und fest ge-gründet werden könne. Dieser Antrag wurde zwar — freilich nur mit winziger Mehrheit — abgelehnt, allein in der motivierten Tagesordnung, die alsdann Annahme fand, hieß es immerhin, daß das Verdienst der Kämpfer um die großen Märzereignisse unbestritten sei.

Wir alle wissen ganz genau, wie wenig Bedeutung diese papierenen Beschlüsse für den unerbittlichen Gang der posi-tischen Ereignisse gewannen und gewinnen konnten — aber dennoch, wie Chimborasso hoch steht dies Bürger-tum, das sich

eben erst dem Druck der feudalen Faust entwunden hatte, über unseren heutigen „Links“ Liberalen, die jeden Fußtritt eines Offiziersstiefels, jede absolutistische Annäherung, jeden polizeilichen Willkürakt ohne Kurven hinnehmen, dafür aber in hysterische Entrüstungskämpfe fallen, wenn ein Einflüster-pinsel einen Denkmalsfodel mit roter Farbe besetzt!

Daß der schöne Enthusiasmus des freisinnig begeisterten Bürger-tums so rasch zerrann und an den Bajonetten der Reaktion zerschellte, vermag seinen ästhetischen und moralischen Wert zwar nicht zu mindern, bietet aber unisono mehr Belehrung für die proletarischen Freiheitskämpfer. Der schmähliche Zu-sammenbruch der 48er Revolution beweist eben, daß es mit tüchtiger Gesinnung, schönen Reden und tapferen Beschlüssen nicht getan ist. Denn während die in Frankfurt tagende deutsche Nationalversammlung mit allerhand theoretischen Problemen ihre Zeit verträdelte, statt erst einmal durch strikte Durchführung der Volksbewaffnung und Auflösung der stehenden Heere der Reaktion endgültig die Macht aus den Händen zu ringen und ihrem eigenen Willen den nötigen Rückhalt zu sichern, und während auch das preussische Parla-ment nichts tat, um seine Position materiell zu festigen, sammelte die geschlossene Reaktion emsig ihre Machtmittel, um zum entscheidenden Gegenstöße auszuholen. So konnte bereits im November 1848 General Wrangel den Kumpf des preussischen Parlamentes auseinanderjagen. Im die gleiche Zeit war das revolutionäre Wien von der Soldateska zurückgeschlagen und Robert Blum erschossen worden, und im Sommer 1849 hatten sämtliche Regierungen das Heft wieder in ihre Hände gebracht. Im Juni dieses Jahres wurde der erneut ausbrechende Aufstand in Baden durch preussische Truppen niedergeworfen. Vergebens erließ jetzt, in zwölfter Stunde, das auf hundert Mitglieder zusammen-geschrunppte Frankfurter Rumpfparlament den Aufruf zur Schaffung von Volkswehren. Die Bajonette sprengten auch diesen letzten Rest unverwundlicher Ideologen auseinander. Und im Juli begann in Rastatt die schauerliche Blutarbeit der Standgerichte...

Seit diesem Triumph des Absolutismus und Feudalismus über das deutsche Bürger-tum ist der deutsche Bürgerstolz und Freiheitsstimm immer kümmerlicher zusammengeschrumpft. Was ihn schon damals — halb unbewußt — lähnte, der Argwohn gegen den Stiefbruder Proletariat, den ungebetenen Gast bei dem „Völkerschmaus“ — das ist im Laufe der kapitalistischen Entwicklung, die aus dem Agrar- und Kleinbürgerstaat unsere großkapitalistische Gesellschaft mit hundertfach ge-steigerter kapitalistischer Raffgier schuf, zum schweren Noß für jeden liberalen Aufschwung zu ungestümmter Freiheitsbegeisterung geworden.

Der Junker ist zwar ein unbequemer Parasit und anmaßlicher Patron, aber er stellt doch der ausbeutungs-gierigen Bourgeoisie und dem stupid egoistischen Kleinbürger-tum seine berben Häuste zur Verfügung, wenn es gilt, den gemeinsamen Feind, die moderne Arbeiterklasse in Abhängig-keit und kapitalistischer Sklavensron zu erhalten.

Rag darum das Proletariat aus der Geschichte die Lehre ziehen. Aus dem revolutionären Bekennermut und Drauf-gängertum des Bürger-tums im Bonnemond des revolutionären Freiheitsraufes, daß es seine demokratischen Ziele nimmer zu hoch stecken, niemals rücksichtslos genug vertreten kann, will es nicht selbst hinter den Vorgängern unseres Liberalismus kläglich zurückschleichen. Aus dem jammervollen Versagen, aus der kläglichen Entartung des Bürger-tums aber soll das Proletariat lernen, daß es sich bei seinem Emanzipationskampfe auf nichts verlassen darf, als auf seine eigene Kraft.

Das Proletariat aber verdiente nicht Freiheit und Leben, wenn diese Erkenntnis es zu entmutigen vermöchte, statt es mit Stolz und Kampfeszorn zu erfüllen. Denn mehr als acht Jehntel des Volkes bestehen aus Proletariern. Niemals hat eine kämpfende Klasse ein solches Schwergewicht an Zahl in die Waagschale zu werfen vermocht. Sorge der Klassen-bewußte Teil dieser Klasse dafür, daß etwas vom Geiste der Märzstürme von 1848 das Proletariat durchbrause, und die Zeit, die seit einem halben Jahrhundert bleierstem Schlaf verfallen, wird sich ermuntern und mit Siebenmeilenstiefeln marschieren!

Die Tat der Frau Caillaux.

Der Tod Calmettes — Demission des Finanzministers.

Die unselbige, sinnlose Tat der Gattin des französischen Finanz-ministers hat zwei Opfer gefordert: Der Direktor des „Figaro“ ist tot und Caillaux hat aufgehört, Finanzminister zu sein in dem Moment, wo endlich das so schwere Werk der Einkommensteuer dem Gelingen näher schien als je.

Calmette, der Herausgeber des „Figaro“, fällt als unruh-mliches Opfer in einem unrühmlichen Kampfe. Als journalistischer Vertreter der sozialen Reaktion hat er in den letzten Wochen mit allen Mitteln der persönlichen Verunglimpfung ihrer Verfechter die Einkommensteuer zu verhindern gesucht, deren Fehlen eine Schande für das Steuersystem der Republik bedeutet. Tag für Tag erschienen im „Figaro“ Artikel von außerordentlicher Festigkeit gegen Caillaux, Angriffe, die sich immer mehr zu perfiden Verleumdungen des Finanz-ministers steigerten, dem die schmutzigsten Machenschaften nachgesagt wurden. Zur Gemeinheit aber wurde diese Kampfesart, als Calmette nicht davor zurückschreckte, intimste Privatbriefe, die Caillaux vor 13 Jahren an seine jetzige Frau, die damals noch die Gattin Leo Clareties war, zu veröffentlichen, um eine angebliche Wandlung des Ministers in der Einkommensteuerfrage zu beweisen. Frau Caillaux wußte, daß eine weitere Veröffentlichung solcher Briefe bevorstand. Nachdem ihr von einem hohen Richter gesagt wurde, daß kein Mittel bestände, diese Gemeinheit zu verhindern, ging sie anstatt zum Staatsdiner, das der Präsident der Republik dem italienischen Vorkämmerer gab, in die Redaktion des „Figaro“ und beging die Schandtat.

So gewiß man diesen verzweifelten Akt der Selbsthilfe ver-urteilen muß, so sehr kann man den Seelenzustand dieser Frau be-greifen, deren privateste Beziehungen preisgegeben werden sollten, um in ihren Mann den politischen Gegner zu vernichten. Und es liegt ein Stück Tragik darin, daß Frau Caillaux in ihrer Sinnlosig-keit nicht nur ihren Feind getroffen, sondern auch ihren Mann aus dem politischen Kampfe geschlagen hat. Der Minister hat die Demission Caillaux angenommen. Und wie immer man über diesen harten und energiegelassen Politiker denken mag, gerade diese Härte und Energie bürgte dafür, daß er allen reaktionären Machen-schaften zum Trotz sein Projekt der Einkommensteuer zum Siege ge-führt hätte, das er jetzt schwächeren Händen anvertrauen muß.

Das Attentat.

Paris, 17. März. Ueber das Attentat wird noch gemeldet: Frau Caillaux erschien gegen 3 Uhr im „Figaro“ und ersuchte einen Bureau-diener, sie bei Calmette anzumelden. Der Diener fragte nach dem Namen, worauf die Frau erwiderte: „Sagen Sie Herrn Calmette, es ist eine Dame, die er kennt, die ihn für einige Augenblicke zu sprechen wünscht.“ Man führte Frau Caillaux in einen Salon. Nach etwa einer Stunde gab sie einem Diener einen verriegelten Briefumschlag mit der Bitte, den Brief Calmette zu überreichen. Als Calmette um 6 1/2 Uhr sein Bureau in Begleitung des Akademikers Bourget verließ, überreichten ihm die Diener den Brief. Calmette öffnete den Brief und ent-nahm ihm eine Karte, die er seinem Begleiter mit den Worten zeigte: „Entschuldigen Sie mich, ich werde die Dame empfangen.“ Bourget sagte zu Calmette: „Sie werden sie doch nicht empfan-gen, was sollte sie Ihnen zu sagen haben.“ Calmette er-widerte: „Es ist eine Frau, ich kann ihr das nicht verweigern.“ Kaum war er in sein Amtszimmer zurückgekehrt, als sich die Besucherin ihm näherte, und fünf Revolverkugeln gegen ihn abfeuerte. Alle Redakteure des „Figaro“, die sich in den benachbarten Zimmern befanden, eilten in das Arbeitskabinett ihres Direktors, der blutüberströmt in einem Fauteuil lag und leise flüchelte. Die Täterin stand unbeweglich in einer Ecke des Zimmers. Sie sagte zu den eindringenden Redakteuren: „Da es keine Berechtigung mehr in Frankreich gibt, konnte der Revolver allein hier Einhalt tun.“

Calmette wurde ein Notverband angelegt, worauf er in einem Automobil nach einer Privatklinik gebracht wurde. Während der Fahrt flüsterte Calmette wiederholt die Worte: Ich habe meine Pflicht getan.“

Der Tod Calmettes.

Paris, 17. März. Calmette hatte dreißig schwere Verletzungen erlitten, daß die Ärzte ihn andauernd unter Morphinum hielten, um die furchtbaren Schmerzen, die er litt, zu mildern. Eine der Angeln hatte das Bauchfell durchschlagen, während eine andere eine der großen Arterien getroffen hatte. Die Ärzte hatten ursprünglich beabsichtigt, im Verlaufe des heutigen Vormittags eine Operation vorzu-nehmen. Der Zustand des Kranken war jedoch so schwer, daß der erste chirurgische Eingriff bereits im Laufe der Nacht ge-macht werden mußte. Calmette war jedoch nicht mehr zu retten. Er starb, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Er hat ein Alter von 55 Jahren erreicht. An seinem Sterbelager wollte seine Gattin und zwei seiner Kinder.

Das Verhör.

Paris, 17. März. Caillaux erfuhr die Nachricht von dem Attentat telephonisch von dem Direktor des Polizeipräsidiums. Er war aufs tiefste erschüttert, da nichts in dem Benehmen seiner Frau darauf schließen ließ, daß sie sich mit dem Plan trug, einen

solchen Anschlag zu verüben. Er begab sich in Begleitung eines Dolmetschers zu dem Polizeikommissariat, vor welchem sich eine große Volksmenge angesammelt hatte. Der Finanzminister wurde sofort in das Bureau des Polizeikommissars geführt, wo Frau Caillaux von dem Staatsanwalt und dem Direktor der Staatspolizei verhört wurde. Nach einer halben Stunde verließ Caillaux das Polizeikommissariat unbemerkt durch einen Seitenausgang. Eine Gruppe von 50 Leuten zögerte und stieß den, anscheinend auf Frau Caillaux gemünzten Auf: A mort! aus.

Frau Caillaux wurde am Abend nach dem Frauengefängnis Saint Lazare gebracht. Vor dem Polizeikommissar, der ihr zeigte, daß sie sämtliche Regeln ihres sechsstündigen Arbeitstages abgelehnt hätte, erklärte sie, sie habe den Revolver nachmittags gekauft und zu Hause gelassen. Sie habe nicht die Absicht gehabt, Calmette zu töten, sie habe ihm nur eine Lektion erteilen wollen. Ich bedauere sehr, sagte sie, meine Tat, es wäre mir sogar sehr angenehm, wenn ich beruhigende Nachrichten über Herrn Calmette hätte. Sie sagte weiter aus, daß sie am Vormittag bei dem Gerichtspräsidenten Mouton gewesen sei, der ihr erklärt hätte, es gäbe kein Mittel, einem Vorgehen, wie dem des „Figaro“, ein Ende zu machen. Der Verleumder werde fast immer freigesprochen und der Verleumbete noch mit Kot beworfen. Da sie gehört habe, daß Calmette mehrere Briefe veröffentlichte, die ihr gestohlen worden waren, habe sie geschrien, dies zu verhindern.

Als dem Finanzminister mitgeteilt wurde, daß seine Gattin verhaftet werden mußte, konnte dieser einen Ausruf des Erstaunens nicht unterdrücken. Der Staatsanwalt sagte zu Caillaux: Herr Minister, ich frage Sie selbst — worauf Caillaux ihn unterbroch: Was wollen Sie, ich bedauere, daß Calmette so schwer verletzt ist, aber ich kann die Handlungsweise meiner Frau nicht mihbilligen. Der Finanzminister berichtete dem Staatsanwalt, daß seine Frau am Vormittag bei dem Gerichtspräsidenten Mouton gewesen und ganz verstimmt heimgekehrt sei. Er habe alles versucht, um sie zu beruhigen, doch sei dies leider vergebens gewesen.

Der Nachfolger Caillaux.

Paris, 17. März. Nachdem der Ministerrat gestern in einer Nacht Sitzung die Demission Caillaux' abgelehnt hatte, trat er heute vormittag zu einer neuen Beratung zusammen. Da Caillaux auf seiner Demission bestand, wurde der Minister des Innern Renoult zum Finanzminister, der bisherige Handelsminister Malvy zum Minister des Innern und der Unterstaatssekretär Raoul Peret zum Handelsminister ernannt.

Neue Veröffentlichungen.

Paris, 17. März. Es verlautet, daß der „Figaro“ heute Privatbriefe veröffentlichte, welche Caillaux vor etwa zehn Jahren an seine gegenwärtige Frau gerichtet hatte, als sie noch die Gattin des Schriftstellers Léon Claretie war. Der „Figaro“ hat die Veröffentlichung der Briefe, welche angeblich für Caillaux und mehrere seiner Freunde sehr kompromittierend sein sollen, aufgeschoben.

Frau Caillaux hat im Gefängnis die bisher zur Schau getragene Fassung vollständig verloren. Man schreibt dies, wie ein Blatt meldet, dem Umstand zu, daß der Finanzminister, als er gestern Abend im Polizeikommissariat weilte, zu seiner Frau gesagt habe, sie habe ihn für immer ruiniert.

Frau Caillaux sollte gestern Abend an einem Diner auf dem italienischen Hofstaat als Tischgastin des Präsidenten der Republik teilnehmen. Sie sagte jedoch telefonisch ab und entschuldigte sich mit plötzlichen Unwohlsein.

Frau Caillaux hat Labori zu ihrem Anwalt erwählt. Gegen Witternachts zog ein Haufe von etwa 100 jungen Leuten durch die Straßen und rief: „Nieder mit Caillaux, dem Mörder!“ Die Polizei nahm an 30 Verhaftungen vor.

Das Urteil der Presse.

Paris, 17. März. Die Blätter beschäftigen sich begreiflicherweise fast ausschließlich mit dem Anschlag. Der „Figaro“ schreibt: Unser Direktor Gaston Calmette ist heute Nacht einem Morbanfall erlegen. Dieses Verbrechen wird im ganzen Lande Jörn und Enttäuschung erregen. Wir, seine Mitarbeiter und Freunde, sind vor Schmerz niedergedrückt. Wir haben den edelsten und liebevollsten Führer verloren, der als Opfer in dem Isonalsten (?) und fährsten Kampfe gefallen ist, welchem ein patriotischer Schriftsteller jemals seinen Mut und sein Talent gewidmet hatte. Calmette begte gegen Caillaux keinen persönlichen Haß. Er erklärte in diesem Minister eine nationale Geißel, und er wollte das Land von ihm befreien. Er hat das Land von ihm befreit, und Frankreich konnte auch keine Stunde länger einen Mann als Finanzminister behalten, der moralisch für ein solches Verbrechen verantwortlich ist.

Die „Petite République“ meint: Der Augenblick ist nicht gekommen, um die Verächtigung gewisser Polemiken zu erörtern. Man kann nur das eine sagen, daß Calmette einer Niedertracht unfähig war, und daß sein grausames Vorgehen ihm als eine peinliche, aber gebieterische Pflicht erschien.

Die „République Française“ schreibt: Wir beklagen Herrn Calmette, wir beklagen aber auch Herrn Caillaux, der von dem irdischen Verbrechen mitten in die Brust getroffen wird.

Die „Lanterne“ sagt: Der von Calmette begangene Fehler rächt sich schwer, und wir sehen in ihm nicht den in rühmlichem Kampfe für seine Ueberzeugung gefallenen Journalisten. Er hat die Mauer des Privatlebens überstiegen und sich dadurch der Angel ausgesetzt, die ihn traf.

Eine nationalitische Gemeinheit.

Paris, 17. März. Kammer. Zu Beginn der Nachmittags-Sitzung brachte der republikanische Deputierte Delahaye folgenden Antrag ein: Erregt durch das gestrige Attentat, durch welches nach dem Geständnis seines Urhebers Enthüllungen verhindert werden sollten, welche den gegen eine Gerichtsperson gerichteten Verdacht der Gesetzwertung zu verklären geeignet sind, fordert die Kammer die Regierung auf, diese Gerichtsperson abzugeben oder sie zur Verfolgung der Anklage zu zwingen. Ueber die Dringlichkeit des Antrages wird trotz des von den Radikalen erhobenen Einspruchs, welcher die sofortige Erörterung verlangte, erst am Schluß der Sitzung beraten werden. — In den Wandelgängen erklärte Delahaye, es beständen für ihn keine Zweifel, daß Frau Caillaux von ihrem Gatten beeinflusst worden sei. Caillaux habe den überreizten Zustand seiner Frau gekannt und ebenso auch den Schritt, welchen sie bei dem Gerichtspräsidenten Monier unternommen, und er habe sie gleichwohl nicht überwachen lassen. Morgen werde ganz Frankreich rufen: „Caillaux der Mörder!“ Es sei unmöglich, daß die Kammer schweige.

Straßenkundgebungen.

Paris, 17. März. Heute vormittag veranstalteten mehrere hundert Studenten auf Anstiften der Camelots du roi eine Straßenskundgebung, indem sie unter dem Rufe: „Caillaux der Mörder!“ durch die Straßen des lateinischen Viertels zogen. Sie wurden von der Polizei vertrieben. Doch gelangte eine Anzahl

Studenten bis vor das Haus des „Figaro“, wo sie den Aufstiegen: „Caillaux ans Schafott!“ Vor dem Palais Bourbon fand nachmittags eine Volksansammlung statt, welche von der Polizei, die Kundgebungen befürchtete, auseinandergetrieben wurde. Der Polizeipräsident Penion hat ungewöhnliche Maßnahmen getroffen, um etwaige Straßenkundgebungen zu verhindern. So wird insbesondere die berittene republikanische Garde in Bereitschaft gehalten.

Zwei Reichstagswahlen.

Stichwahl in Borna-Pegau.

Borna, 17. März, 11 Uhr abends. Bei der heutigen Reichstagswahl im Wahlkreis Borna-Pegau (14. sächsischer) wurden abgegeben für von Liebert (Rp.) 8527 Stimmen, für Rißschke (natl.) 6437 Stimmen, für Kassel (Soz.) 11995 Stimmen. Vier Ortschaften stehen noch aus. Es findet Stichwahl zwischen von Liebert und Kassel statt.

Mit Befriedigung kann die Sozialdemokratie den Ausfall der Wahl betrachten. Zwar ist es auch diesmal noch nicht gelungen, den Kreis im ersten Wahlgang zu erobern. Immerhin können wir einen Gewinn von 500 Stimmen seit der letzten Hauptwahl verzeichnen. Angesichts der energischen Agitation der Gegner ein guter Erfolg, der das dumme Gerede von dem Rückgang der Sozialdemokratie wohl endlich zum Schweigen bringen wird. Der Vorprung der sozialdemokratischen Stimmen läßt auch die Aussichten für die Stichwahl recht günstig erscheinen.

Im übrigen zeigt auch diese Wahl, wie schon die Wahl in Jerichow, den Abmarsch nationalliberaler Wähler ins konservative Lager. Der nationalliberale Kandidat hat über 800 Stimmen verloren, die Herr v. Liebert gewonnen hat. Nun muß es sich entscheiden, wieviel wirklich Liberale sich unter den Wählern des Herrn Rißschke befinden. Sie werden den Ausschlag zu geben haben, ob mit Herrn v. Liebert einer der schlimmsten und skrupellosesten Reaktionen wieder in den Reichstag einziehen und damit die Majorität der Konservativen und Merkmalen gesichert werden soll. Unsere Genossen werden jedenfalls alles daran setzen, die letzten Reserven aufzubieten, um den Reichstag von einem der schlimmsten Volksfeinde zu befreien.

Der 14. sächsische Wahlkreis hat vorwiegend ländlich-kleinbäuerlichen Charakter. Auch in den kleinen und wenig zahlreichen Städten herrscht noch meistens das Kleingewerbe vor. Daher war auch der Kreis bis 1903 im Besitz der rechtsstehenden Parteien gewesen. Die Dreimillionenwahl brachte ihn zum erstenmal in den Besitz der Sozialdemokratie. In der Hauptwahl erhielt Genosse Schöpflin 10403 Stimmen, der konservative Plagmann 8804 und ein Freisinniger 3162. In der Stichwahl siegte Schöpflin mit 12698 Stimmen über den Konservativen, der 10688 Stimmen auf sich vereinigte.

Bei den Hortentwahlen von 1907 ging uns dann auch Borna-Pegau wieder verloren — wie so viele andere sächsische und thüringische Kreise: in der Hauptwahl gingen Schöpflins Stimmen auf 9811 zurück, der jetzt zum erstenmal aufgestellte Herr v. Liebert erhielt 10812 Stimmen, die ebenfalls freisinnigen Stimmen waren restlos (ein freisinniger Redner erklärte das dieser Tage in einer Wählerversammlung in Groitzsch ganz offen!) auf einen Reformen — übergegangen, einen Kurt Frischi; heute ist dieser Gegenkandidat Lieberts von 1907 konservativer Parteisekretär und als solcher Lieberts eifrigster Wahlmacher. In der Stichwahl kamen 1907 natürlich die reformerischen Stimmen Herrn v. Liebert zugute, der mit 14378 Stimmen (gegen 10922) Schöpflin das Mandat entriß.

Im Jahre 1912 hatte sich unsere Stimmenzahl wieder beträchtlich gehoben; wir waren von neuem an die erste Stelle gerückt und hatten mit 11556 Stimmen sogar noch unsere Stimmenzahl von 1903 um rund 1100 Stimmen überholt. Herrn v. Lieberts Stimmenzahl war dagegen gegen 1907 um etwa 3500 gesunken, von 10812 auf 7331. Aus den früher freisinnigen, dann reformerischen Stimmen waren jetzt zur Abwechslung nationalliberale Stimmen geworden. Der nationalliberale Kandidat Rißschke erhielt 7217 Stimmen, blieb also nur um eine ganz geringe Stimmenzahl hinter Herrn v. Liebert zurück. In der Stichwahl siegte Herr v. Liebert dann mit der ganz knappen Mehrheit von 23 Stimmen (13081 gegen 13058) gegen unseren Genossen Kassel; außerdem wurden in der Stichwahl 512 weiße Zettel abgegeben.

Diesmal war der Aufmarsch der Parteien wieder genau der gleiche wie 1912: dieselben Parteien und dieselben Kandidaten — Liebert, Rißschke und Kassel. Für Liebert traten außer den Rechtsparteien auch die Deutschkonservativen, die Antisemiten, der Bund der Landwirte und, neben den im Kreise leider ziemlich starken gelben Arbeiterorganisationen, auch (in einer besonderen Kundgebung!) das — Zentrum ein, das allerdings über nicht viel mehr als hundert Anhänger im ganzen Kreise verfügen dürfte; mit den Nationalliberalen geht, wie überall neuerdings, der Freisinn Hand in Hand, dessen besondere sächsische Spielart sich vom Nationalliberalismus allerdings kaum noch irgendwo unterscheidet.

Der Wahlkampf wurde von allen drei Parteien mit Flugschriften, besonderen Wahlzeitungen und Versammlungen außerordentlich energisch geführt. Besonders eifrig waren die Konservativen tätig; mit Herrn v. Liebert in Person durchzogen unermüdet Reichsverbandsagitatoren, Agenten des Bundes der Landwirte und konservative Parteisekretäre den Kreis. Außer in ihren eigenen Versammlungen traten sie auch in den von den anderen Parteien einberufenen Versammlungen oft gleich rüdelweise auf.

Herrn v. Liebert selbst, der von seinen Kolonialgründungsgeschichten im Wahlkampf sehr still war, muß man übrigens das eine zugestehen, daß er aus seinem Gehen keine Mördergrube macht; ganz offen gab sich dieser Mann in seinen Wahlreden als der tiefstschwarze Reaktionsär, der er in Wahrheit ist. Gegen das Reichstagswahlrecht, für Ausnahmeergänze gegen Gewerkschaften, Polen und Elässer, für völligen Stillstand der Sozialreform und, als Ergänzung dazu, für neue Sölle auf Kartoffeln und Gemüse, auf Obst und Rahm.

Herr Rißschke, der Kandidat der Nationalliberalen, steht auf dem äußersten rechten Flügel seiner Partei. Für ihn arbeiteten außer nationalliberalen Parteisekretären vor allem Beamte von Unternehmerorganisationen — zum großen Leidwilen Lieberts, der immer wieder behauptete, er sei der allein geeignete Vertrauensmann der Großindustrie.

Diese beiden Parteien wirkten sehr heftig, aber mit unendlichen kleinen Bissen und Kniffen gegeneinander; das glorreiche Ziel jeder dieser Parteien war nämlich, die andere aus der Stichwahl mit uns herauszudrängen. Ein heiteres Intermezzo in diesem Kampfe ist die bittere Lage der Nationalliberalen darüber, daß Herr v. Liebert für sich die Mittel und Kräfte des — Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie in Anspruch nähme, auf die sie, die Nationalliberalen, als brave Reichsverbändler doch auch Anspruch hätten! „Zuständigen Ortes“ soll deshalb über den Vorständen des Reichsverbandes Beschwerde geführt werden wegen dieser „unzulässigen Inanspruchnahme“ von Verbandsmitteln für seine persönlichen Zwecke. Man darf dem Ausgange dieses häuslichen Reichsverbandsstreites mit heiterer Freude entgegensehen. Die Sozialdemokratie führte den Wahlkampf mit der gleichen grundsätzlichen Schärfe gegen beide Gegner und sie darf mit Genugtuung auf die geleistete Arbeit und ihren Erfolg zurückblicken.

Der Kreis Mielzynskis.

Vorläufiges amtliches Wahlergebnis.

Posen, 17. März. (W. T. B.) Bei der heutigen Reichstagswahl im zweiten Posener Wahlkreise Obornik-Samter-Birnbaum-Schwerin (Wartke), die durch die Mandatniederlegung des Reichstagsabgeordneten Grafen Mielzynski erforderlich geworden war, wurden abgegeben für Rittergutsbesitzer Sazaradly (kons.) 13019, für Prälat Kłos (Pole) 16438, Schulz (Soz.) 636 Stimmen; zerplittert waren 3 Stimmen. Kłos ist somit gewählt.

Der Wahlkreis Samter-Birnbaum-Obornik gehört seit dem Jahre 1874 zum Besitzstande der polnischen Partei. Im Jahre 1912 wurde Graf Mielzynski mit 15857 Stimmen gewählt. Auf eine konservative Sammellistendatur vereinigten sich 13164 Stimmen, während eine sozialdemokratische Kandidatur es auf 1084 Stimmen brachte.

Politische Uebersicht.

Eisenbahnetat.

Im Abgeordnetenhaus nahm die Debatte über die finanztechnische und wirtschaftliche Seite des Etats der Eisenbahnverwaltung noch den größten Teil der Sitzung vom Dienstag in Anspruch. Wie am Tage vorher, so wandten sich auch jetzt wieder die Redner der Mehrheitsparteien gegen jede allgemeine Tarifermäßigung, während im Gegensatz dazu von nationalliberaler und fortschrittlicher Seite eine Verbilligung sowohl des Güter- als auch des Personenverkehrs gefordert wurde. Bemerkenswert ist die Rede des Ministers, der gegenüber unserem Genossen Ströbel bestritt, daß infolge des Konjunkturrückgangs Arbeiter entlassen sind und daß der Plan einer deutschen Eisenbahngemeinschaft an dem Widerstand Preußens gescheitert ist. Eine Antwort konnte ihm Ströbel nicht mehr erteilen, da die Mehrheit ihm in bekannter Liebenswürdigkeit das Wort abschchnitt.

Wie das preussische Dreiklassenparlament über Verkehrsreformen denkt, das lehrt die Abstimmung über die zum Etat gestellten Petitionen. Diese Petitionen beziehen sich auf das Bestehenlassen der Fahrpreise für Arbeiterwochenarten nach der Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahn, auf Ausdehnung des Vorortverkehrs und endlich auf Ausdehnung der Bestimmungen der Verkehrsordnung über Fahrpreismäßigungen zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken. Man erledigte sie gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten kurzerhand durch Uebergang zur Tagesordnung. Das Abkommen betreffend die Trennung der Eisenbahnfinanzen und der allgemeinen Staatsfinanzen wurde bis zum 1. April 1916, d. h. um zwei Jahre verlängert.

Hierauf begann die Debatte über die Arbeiterfragen, die nach einem Loblied des Fortschrittlers De lius auf die Sozialpolitik der Eisenbahnverwaltung auf Mittwoch vertagt wurde.

Ein schwieriges Problem.

Der neueste Jagowski Vorstoß gegen die Platalierung der Versammlungsanzeigen zum Frauentage stellt die preussische Regierung offenbar vor ein schwieriges juristisches Problem. Es muß doch im Sinne der Gebanlangänge des Herrn Dr. jur. v. Jagow bewiesen werden, daß das Thema „Heraus mit dem Frauenwahlrecht!“ unmöglich für den öffentlichen Anschlag gestattet werden konnte und daß der Jagowski Einsatz, das Thema kurz und knapp „Das Frauenwahlrecht“ zu taufen, eminent staatsverhaltend war. Begreiflich daher, daß die Antwort auf die telegraphische Beschwerde des Genossen Eugen Ernst an den Minister etwas lange auf sich warten läßt. Am 6. d. M. sandte unser Genosse seine telegraphische Beschwerde an den Herrn Minister, am 7. erhielt er prompt die Antwort, daß die Beschwerde an den Herrn Oberpräsidenten für die Provinz Brandenburg zur Erledigung abgegangen sei und seitdem schweigt sich eine hohe Regierung in allen Tonarten aus.

Wir wissen zwar, daß das schöne Lied: Immer langsam voran... sich trefflich zum Bundeslied der preussischen Bureaucratie eignet, hegen aber in unseres Herzens Kammertlein doch noch die schöne Hoffnung, daß eines Tages Genosse Ernst durch einen wohlgeleiteten Bescheid einer hohen Regierung freudig überrascht wird. Zu wünschen wäre freilich, daß die weise Entschliehung noch vor Einberufung des nächsten Frauentages eintrifft, damit man sich bei Festsetzung der Tagesordnung vor Jagowschen Uebererassungen — wenn das überhaupt möglich ist — bewahren kann.

Das Ei des Kolumbus.

Der Landrat des Unterwesterwaldkreises Freiherr Marschall von Bieberstein hat soeben eine Prosjüre veröffentlicht, in der er Vorschläge entwickelt, wie durch Einführung des Spargzwanges für minderjährige Arbeiter die Kosten für eine Wohnungsreform aufgebracht werden können. Ohne auf die Frage der Wohnungsreform einzugehen greift in der „Arcuzzeitung“ ein Regierungsrat Dr. Kang den Grundgedanken der Marschallschen Abhandlung mit Eifer auf, da hier nach seiner Meinung der gesamten deutschen Sozialpolitik der Weg gewiesen ist, den sie der Zukunft zu gehen hat.

Die Konservativen, so versichert Kang, der übrigens den Posten des Direktors beim Oberversicherungsamt in Koblenz bekleidet, sind keineswegs, wie vielfach behauptet wird, der sozialen Reform überdrüssig. Sie sehen nur mit Besorgnis, daß die Sozialpolitik, wenn sie in den jetzigen Bahnen fortschreite, nachgerade die Unternehmerrstände vom Handwerk bis zur Großindustrie und zum Großgrundbesitz mit Beiträgen überlasten werde, und sie verlangen also eine neue und andersgeartete finanzielle Fundamentierung. Das einfachste wäre ja nun, alles was auf sozialreformatorischem Gebiete in Deutschland noch zu leisten ist, auf erhöhte Beiträge der Arbeitnehmer aufzubauen, aber dem steht im Wege, daß das eine Lohnsteigerung nach sich ziehen würde, und deshalb bleibt nichts übrig, als der Sozialversicherung überhaupt den Abschied zu geben und

dem wertvollen Fingerzeig des Herrn von Rathschall entsprechend den Sparzwang für die Arbeiter ganz allgemein einzuführen, um auf diese Weise die Mittel zum Ausbau der sozialen Gesetzgebung zu gewinnen.

Natürlich fehlt es bei dem Kreuzzeitungsmanne nicht an einer ethischen Begründung dieser schönen Idee. Man hört das alte Lied: Die Versicherungsreform hat die Selbstverantwortlichkeit geschwächt und damit eine schwere Schädigung des Volkcharakters verursacht. Die Versicherer haben nicht das Bewußtsein, daß sie sich selbst etwas erarbeitet und selbst etwas erspart haben. Simulation und Rentenhypothek ist die natürliche Folge des Wunschens der einzelnen, von der Versicherung doch auch einen Nutzen zu haben. Der Sparzwang auf der anderen Seite gibt dem Arbeiter ein festes Guthaben, das sein Eigentum ist, das er sich selber, wenn auch unter Zwang geschafft hat usw. usw.

Daß sich irgendwo ein Arbeiter fände, der rückständig genug wäre, sich durch diese ethischen Erwägungen von der Vorteilhaftigkeit der konserverativen Idee überzeugen zu lassen, ist nicht anzunehmen, und man wird nur die Unverfrorenheit bewundern, mit der die „Kreuzzeitung“ den Vorschlag des Sparzwanges zur Diskussion stellt und dabei gleichzeitig behauptet, daß die Konserverativen keineswegs der sozialen Reform überdrüssig seien. Der Sparzwang bedeutet doch nichts anderes als die Konfiskation eines Teils des Arbeitslohnes für Zwecke, deren Erfüllung auch vom bürgerlichen Standpunkt gesehen, nicht im Interesse einer einzelnen Klasse, sondern in dem der Gesamtheit liegt. Unter diesem System muß also der Arbeiter nicht nur den größten Teil des von ihm geschaffenen Wertes dem Unternehmer überlassen, sondern er wird auch gezwungen, von dem ihm verbleibenden Rest einen so hohen Betrag abzugeben, daß das Kapital der Notwendigkeit enthoben ist, seinerseits Mittel für die Gesund- und Kräftigerhaltung der von ihm ausgedeuteten Massen bereitzustellen. Das Kapital genießt also die Vorteile der Sozialpolitik ohne zu ihren Kosten beitragen zu müssen und kann sich demzufolge in Begierde für die Fortführung unserer sozialen Reform geradezu überschlagen.

Das Lehrerbefoldungsgesetz vor der heijßigen Ersten Kammer.

Wie telegraphisch aus Darmstadt gemeldet wird, beschäftigte die Erste Kammer sich gestern mit der Rückführung der Zweiten Kammer zur Befoldungsvorlage. Der Referent Fürst zu Hohenburg-Wirtheim gab einen Überblick über die Verhandlungen und sprach der Regierung den Dank aus, deren Bemühungen es gelungen sei, die Befoldungsvorlage zustande zu bringen. Staatsminister v. Ewald erwiderte, daß die Regierung sich bei dem Kompromiß zwar gefügt habe, daß nicht alle Wünsche erfüllt worden seien. Maßgebend für das Kompromiß sei aber die Erwägung gewesen, daß, wenn die Befoldungsvorlage jetzt wieder gescheitert wäre, die Hoffnung einer großen Anzahl von Beamten für eine Reihe von Jahren vernichtet werden wäre, und sodann wäre es zu befürchten gewesen, daß die Befoldungsvorlage bei den Neuwahlen zu Agitationszwecken verwertet und der Regierung noch höhere Forderungen gestellt werden würden, die zu erfüllen sie nicht in der Lage gewesen wäre. Er empfehle der Ersten Kammer, den Beschlüssen der Zweiten Kammer zuzustimmen.

Die Erste Kammer nahm darauf die ganze Vorlage, von einigen unwesentlichen Punkten abgesehen, einstimmig an. Damit ist die Befoldungsvorlage endgültig angenommen und tritt mit dem 1. April d. J. in Kraft.

Wilhelms II. Südreise.

Der Kaiser ist wieder teilsüßig. Sein Programm für die Reise nach dem Süden ist jetzt, wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, zusammengestellt. Er verläßt am 22. März abends Berlin und trifft am 23. März in Wien ein, das er auf dem Gleisen der Stadtbahn im Hofzug durchfährt. In Venzing bei Wien verläßt der Kaiser den Zug. Auf dem Bahnhof findet Empfang statt, und der Kaiser begibt sich darauf im Wagen nach Schönbrunn. Nachdem der Kaiser hier an der Hofkapelle bei Kaiser Franz Josef teilgenommen hat, fährt er am gleichen Tage abends 6 Uhr nach Venedig weiter. Hier nimmt er Wohnung an Bord der „Hohenzollern“, die auf der Reede Anker geworfen hat. Dem König und der Königin von Italien statuet der Kaiser im Schloß in Venedig einen Besuch ab. Der König von Italien erwidert diesen Besuch auf der „Hohenzollern“. Ueber den Zeitpunkt der Abreise von Venedig sind noch keine Dispositionen getroffen worden.

Reihels Varrikadenbild.

Das Reihelsche Varrikadenbild in der letzten Nummer der „Neuen Welt“ ist der Scharfmacherpresse vom Schlage der „Berliner Neuesten Nachrichten“ wieder einmal auf die Nerven gefallen. Jemand ein Reumulliger orakelt mit schlechterbelegtem Keger in den Spalten des an chronischer Abmattenkrankheit leidenden Blattes also: Reihels genialer dritter Totentanz ist bekanntlich unter den Eindringen von 1848 entstanden und sollte das betörte Volk vor den Hebern und Demagogen warnen, die es unter der Vorspiegelung, es zum Paradies der „Freiheit und Gleichheit“ zu führen, in Wahrheit in Tod und Verderben führten.“ Dieselbe Weisheit haben die kundigen Liebhaber der Scharfmacher schon einmal bei früherer Gelegenheit verkostet, als die „Neue Welt“ andere Reihel-Blätter aus dem Totentanzzyklus reproduzierte. Wir haben in Reihels produktiven Zeichnungen jedoch etwas anderes, als es das „feinere, geistige Unterscheidungsvermögen“ eines Erzelektors herauszufinden vermag. Die vordende Größe und Gewaltigkeit des Reihelschebilds, das Reihel in seinen Totentanzblättern, zu deren einem Reihel Reimold den Begleitvers schrieb: „Was gilt noch eine Kroneviel? Nicht mehr als wie ein Weisenstiel“, so mächtig illustriert hat, wird auch auf unsere Leser die Wirkung nicht verfehlt haben. Und das genügt uns! Wenn unser Bild nebenbei auch noch den Keger unserer Gegner auflöst, so freut uns das doppelt!

Frankreich.

Das Gesetz über die Wahlplakate.

Paris, 14. März. (Fig. Ver.) Das französische Parlament hat das Gesetz über die Wahlplakate in der Fassung des Senats beschlossen. Es wird schon in den kommenden Wahlen angewendet werden. Seine wichtigsten Bestimmungen sind: Während der ganzen Wahlperiode für alle Wahlen sind von der Gemeindebehörde in jeder Gemeinde besondere Plätze für den Anschlag von Wahlplakaten vorzubehalten. Auf jedem dieser Plätze ist für jeden Kandidaten oder für jede Kandidatenliste die gleiche Fläche angewiesen. Die Höchstzahl dieser Plätze — abgesehen von den neben den Wahlabteilungen bestimmten — beträgt 5 in den Gemeinden mit bis 500 Wählern, 10 in den anderen, mit einem Zuschlag von je einem für 3000 Wähler oder für einen Ernteertrag über 2000 in den Gemeinden über 5000 Wählern. Jede auf die Wahl bezügliche Plakatierung außerhalb dieses Platzes oder auf der für andere Kandidaten reservierten Fläche ist untersagt. Die Übertretung dieser Bestimmung wird mit einer Buße von 5 bis 15 Franc im Wiederholungsfall mit 10 bis 100 Franc bestraft.

Das Gesetz verdient auch anderwärts Beachtung. Es sichert den verschiedenen politischen Parteien die Gleichheit bei der Anwendung des propagandistischen Mittels des Wahlanschlages und verhindert so

das Uebergewicht der mit großen Geldmitteln arbeitenden Parteien. Auch macht es dem in Frankreich bisher stark geübten Umgang des Ueberlebenden der gegnerischen Plakate ein Ende. Weitere Reformen scheiterten namentlich an der Meinungsverschiedenheit von Kammer und Senat. Es war u. a. vorgeschlagen worden, das Recht des Wahlanschlages zeitlich zu begrenzen, um die so beliebten „Mandover der letzten Stunde“, zumeist verleumderische Anklagen der Gegenpartei oder ihres Kandidaten, auf die infolge der mangelnden Zeit nicht mehr geantwortet werden kann, zu bereinigen.

Unzufrieden mit dem Gesetz sind natürlich die Papierindustriellen. Seine politische Nützlichkeit wird nicht bestritten. Daß die Wahlanschlage aller Parteien eine Sache des öffentlichen Interesses sind und darum durch die öffentliche Autorität nicht nur geschützt, sondern unter gleichen Bedingungen gefördert werden sollen, ist ein demokratischer Grundsatz politischer Moralität, über den freilich manche Würdenträger politischer Hierarchien den Kopf schütteln werden.

Spanien.

Der Verzicht des spanischen Präsidenten.

Paris, 17. März. (W. T. B.) Wie den Blättern aus Madrid gemeldet wird, soll Don Jaime, der Sohn Don Carlos, auf seine Thronansprüche verzichtet haben. Die Carlisten werden aufgefordert werden, die Dynastie die Königin Alfonso anzuerkennen und mit der äußersten konserverativen Rechten eine große katholische Partei unter der Führung Maura zu bilden. Man erzählt auch, daß Don Jaime sich mit einer Prinzessin Connaught verheiratet werde.

England.

Das Flottenwettrüsten.

London, 17. März. Unterhaus. Marineminister Churchill führte aus, daß dem Parlament bisher kein so hoher Flottenetat vorgelegen habe. Die Ursache seien höhere Löhne, Vermehrung des Personals, die größere Zahl der schwereren Geschütze und die höheren Kosten für Munition. Die Absicht sei gewesen, acht Geschwader von Linien Schiffen in derselben Zeit fertig zu haben, in der die nächststarke Seemacht fünf fertig hätte. Die Schlachtkreuzer würden in beiden Fällen besonders gerechnet, auch ein entsprechendes Stärkeverhältnis von Torpedobooten würde bestehen, die Schiffe auf Auslandsstationen blieben ebenfalls außerhalb der Berechnung. Diese Flottenstärke sei angemessen und mäßig. Er freue sich, daß Staatssekretär v. Tirpitz Gelegenheit genommen habe, dies anzuerkennen. Keine Nation habe die Flottenorganisation schon vollendet. England hätte seine Ausrüstung etwas früher vollenden können, als es die Regierung jetzt vorschlägt. Die Entwicklung der deutschen Flottenorganisation sei nicht so schnell vor sich gegangen, wie er vor zwei Jahren angenommen habe. Das dritte deutsche Geschwader werde am Ende des Finanzjahres 1914/15 fertig sein. Anscheinend wird das zweite Geschwader infolge Vemannungschwierigkeiten drei Schiffe weniger haben, als er angenommen habe. Deshalb habe die Regierung die Vollendung des Geschwaders von Gibraltar, das jetzt aus vier Schiffen besteht, aufgeschoben. Jeder zufällige oder absichtliche Aufschub, den die nächststarke Seemacht macht, wird von England nachgedacht werden.

Churchill jagte weiter: Infolge der Wirtschaftslage dürfe man annehmen, daß alle Werften im nächsten Finanzjahre gute Fortschritte machen, und daß eine große Zahl von Schiffen in diesem Jahre fertig werden würde. Das hänge von unkontrollierbaren Faktoren ab und sei auf keine absichtliche Verschleimung oder besondere Postul zurückzuführen. Was die Kosten der Werften betreffe, so dürfe man erwarten, daß der Etat für 1915/16 wesentlich niedriger sein werde, als der gegenwärtige. Zur Höhe der Kosten läme die Deiseuerung, die Luftschiffahrt und die Befoldung des Personals. Große Mengen von Del befänden sich bereits jetzt im Lande und weitere große Mengen würden im folgenden Jahre eintreffen, die Schwierigkeit läge im Preise. Die Admiralität verfolge das Prinzip, daß das Del als einziges Feuerungsmittel nur bei kleinen Fahrzeugen und leichten Kreuzern sowie großen Kampfschiffen von exzeptioneller Geschwindigkeit gebraucht werde, während die Kohlen das Heizmaterial für die Linien Schiffe bleiben würden.

Was das Flugwesen betrifft, so betonte der Minister die Bedeutung der Hydropläne für den Nelegnodierungsdienst und die Küstenbewachung. Die schweren Hydropläne, die jetzt entwickelt würden, würden schwere Explosivkörper zum Hinunterwerfen führen. Von Luftschiffen seien bis jetzt 15 erbaut oder im Bau, darunter 10 großen und mittleren Typs mit einer Schnelligkeit von 45 englischen Meilen in der Stunde. Er hoffe, im Sommer ein halbes Duzend derartiger Luftschiffe über dem Parlamentsgebäude kreuzen lassen zu können.

Churchill jagte zur Vemannungsfrage: Wenn morgen ein Krieg ausbräche, so könnte jedes Schiff mit der etatsmäßigen Vemannung in See gehen. Die Verstärkung von 5000 Mann, die im Etat vorgesehen sei, wäre für die Kriegsflotte für 1915/16 bestimmt. Es befänden keine Schwierigkeiten, Leute zu bekommen.

Churchill wandte sich darauf dem neuen Bauprogramm zu. Drei von den neuen Schiffen würden dem Royal Sovereign Typ und eins dem Queen Elizabeth Typ angehören, und sie würden 15zöllige Geschütze führen. Das Geschütz sei das beste, das England je gehabt habe. Es besäße alle Vorzüge des 13½zölligen Geschützes. England würde 10 Schiffe mit diesem Geschütz zu einer Zeit haben, wo keine andere Nation mehr als zwei besäße. Der Minister erwähnte, daß Ende 1914/15 siebzig bewaffnete Rauffahrtsschiffe vorhanden sein würden.

Zur Frage des Seebüchereis bemerkte er, daß schwerlich eine andere Macht einen Torpedo weniger bauen würde, wenn England seine Postul änderte.

Churchill behandelte darauf den 80prozentigen Standard der Flottenstärke. Dieser Standard bezöge sich auf den Neubau von Großkampfschiffen und dieser Standard würde eingehalten. Es hätte Meinungsverschiedenheiten gegeben, was in diesen Standard eingeschlossen sein sollte. Vor zwei Jahren habe er das künftige Bauprogramm entwickelt. Unter genauer Berücksichtigung der Lage sei die Admiralität überzeugt, daß der Bau von vier Schiffen für dieses Jahr genügen werde, was genau seinen Vorschlägen von vor zwei Jahren entsprochen habe.

China.

Der Weiße Wolf.

Peking, 17. März. Die Räuberbande des „Weißen Wolf“ hat die Truppen der Regierung bei Ringhefwan geschlagen und bedroht Stanfu. Telegramme aus Raohou berichten, daß die Banden vom „Weißen Wolf“ während ihres letzten Plünderungszuges 1500 Einwohner getötet und 4000 herwundet haben. — Die bisher noch in China stehenden russischen Truppen sind heute vormittag nach Sibirien abgegangen; nur die Schutztruppe des russischen Gesandten ist zurückgeblieben.

Die türmische Kammer Sitzung.

Paris, 17. März. Delahaye fragte den Minister Ronis, ob er, als er noch Justizminister war, den Aufschub des Verfahrens gegen Rochette angeordnet habe. Ronis antwortete nach längerem Schweigen: Ich habe niemals den Brief des Oberstaatsanwalts Fabre gekannt, auf den Delahaye anspielt und habe niemals den Aufschub des Verfahrens gegen Rochette geordert. (Beifall bei der äußersten Linken.)

Jaurès, der Obmann des Rochette-Ausschusses, sagte: Man zeige uns das Dokument, wenn es existiert. Delahaye erwiderte: Es ist vorhanden. Fragt diejenigen, welche es in der Kammer erhalten haben. Delahaye schloß mit der Versicherung, er kenne den Brief Fabres.

Ministerpräsident Doumergue erklärte: Er sei bereit, zur Aufklärung der Sache beizutragen. Minister Ronis unterbrach ihn mit den Worten: Er seit damit einverstanden, von der Untersuchungskommission vernommen zu werden. (Beifall auf der Linken.) Darauf erhob sich Barhou und sagte: Hier ist der Brief des Oberstaatsanwalts Fabre. (Große und langanhaltende Bewegung.) Barhou las den Brief vor, in dem Fabre erklärte, am 22. März 1911 von Ronis aufgefordert worden zu sein. Ronis protestierte noch einmal und sagte, er kenne das Schreiben nicht. Barhou fuhr mit der Verlesung des Briefes fort, in dem Fabre auseinandersetzt, wie er endlich den Willen Ronis nachgeben mußte. Barhou schloß mit den Worten, er nehme jegliche Verantwortung für sein Eingreifen auf sich. (Lebhafte Beifall auf zahlreichen Bänken im Zentrum und auf der Rechten wie auf mehreren Bänken der Linken. Große Unruhe.)

Der Schluß der Sitzung gestaltete sich überaus stürmisch. Nachdem Barhou den Bericht des Oberstaatsanwalts Fabre verlesen und Doumergue auf dessen Vorwürfe energisch erwidert hatte, ergriff der Radikale CecaIdi, ein intimer Freund Caillaux, das Wort. Er beschuldigte Barhou, daß er sich des Berichtes des Oberstaatsanwalts widerrrechtlich bemächtigt hätte, um seine politischen Gegner verfolgen zu können. CecaIdi deutete an, daß Barhou Absichten dieses Dokumentes sogar dem Direktor des Figaro übermitteln habe, damit dieser seine Angriffe gegen Caillaux möglichst wirksam gestalten könne. Der Redner machte Barhou in unverblümten Worten für das geistige Drama verantwortlich. (Große Bewegung, stürmischer Beifall auf der äußersten Linken.) Er erinnerte daran, daß die Radikalen, welche von Barhou bei der Beratung des Dreijahresgesetzes antipatriotischer Gesinnung geziehen worden waren, niemals zu solchen vergifteten Waffen gegriffen hätten, obgleich sie Barhou mit dem Hinweis darauf hätten schwer verwunden können, daß sein Bruder ein Deserteur gewesen sei. (Lebhafte Beifall.)

Minister Ronis leitete ebenfalls ebenfalls heftig das Vorgehen Barthous. Der Bericht Fabres sei einseitiges Schriftstück, dem er das entscheidendste Dementi entgegenstelle. Charakteristisch für die Gesinnung Barthous sei es, daß er jahrelang diese vergiftete Waffe mit sich herumtrage, um sie im geeigneten Augenblick gegen seine Gegner zu benutzen.

Jaurès, der bisherige Obmann des Rochette-Ausschusses, verlangte, daß dieser Ausschuss mit gerichtlicher Gewalt ausgestattet werde. Denn nur so könnte über die ganze Angelegenheit volles Licht verbreitet und dem Lande das erschütterte Vertrauen wiedergegeben werden. Hierauf wurde der Antrag Sembart (Soz.) einstimmig angenommen, wonach die Befugnisse des Rochette-Ausschusses vermehrt und ihm durch ein besonderes Gesetz die Rechtsvollkommenheiten eines Untersuchungsrichters erteilt werden. Delahaye hatte vorher seinen Beschlußantrag zurückgezogen.

Die politischen Folgen.

Paris, 17. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Hoffnung der Reaktion, die Regierung durch den aufgewirbelten Skandal niederzuwerfen, scheiterte. Der Theaterstreich Barthous mit der Note des Oberprokurators Fabre und den Enthüllungen über die im Interesse Caillaux geübte Pression zugunsten Rochettes bewirkte zwar in der Kammer eine momentane Sensation, als Barhou das Dokument auf der Tribüne hervorzog. Die Wirkung schlug aber in das Gegenteil um, als Barhou gestehen mußte, daß er das Dokument seinerzeit als Justizminister von seinem Vorgänger Briand erhalten hatte. Diesem hatte es Fabre übergeben und Barhou nahm es bei seinem Rücktritt an sich. Seine Rechtfertigung, daß das Dokument nicht amtlich war, ist absurd. Die von Doumergue unter starkem Beifall der Linken erhobene Anklage, daß Barhou das Dokument jahrelang in der Tasche hatte, um es zu einer Kampagne gegen das unbehagliche Ministerium zu reservieren, machte auf die Kammer einen starken Eindruck. Die Schlußrede von Jaurès, der die Neuaufnahme einer Enquete über Rochette und die Ausstattung der parlamentarischen Kommission mit gerichtlichen Befugnissen forderte, fand einstimmigen Beifall. Jaurès forderte aber auch noch die Untersuchung über die Manipulationen, die mit dem Dokument vorgenommen worden sind.

Die ganzen Enthüllungen offenbarten die Fäulnis des bürgerlichen Regimes. Die Monarchisten sind eifrig am Werke, um die gegenwärtige Stimmung für sich auszunutzen. Die Lage ist aber für die Sozialdemokratie sehr günstig, da sie den prinzipiellen Kampf gegen den kapitalistischen Staat und seine Korruption unter die Wähler tragen können.

Letzte Nachrichten.

Das albanische Kabinett.

Durazzo, 17. März. (W. T. B.) Nach ergänzenden Meldungen hat sich das Kabinett wie folgt gebildet: Präsidium und Keucheres Turhan Pascha; Krieg und Inneres: Essad Pascha; Landwirtschaft: Aziz Pascha; Justiz: Ruzid Bei; Post und Telegraphenwesen: Hassan Bei Pristina (Mohammedaner); Öffentliche Arbeiten: Bibboda (Katholik); Unterricht: Turutuli; Finanzen: Adamides (Orthodox).

Mittwoch
Donnerstag
Freitag
Sonntag
Montag

6 Ausnahme-Tage

Mittwoch
Donnerstag
Freitag
Sonntag
Montag



Loden-Pelerinen zu Ausnahmepreisen

Für Herren und Damen

grau oder grünlich, „imprägniert.“ Mit Kapuze, Armdurchgriffen, Taschen u. Tragebändern

- Nr. 1 120—130 cm lang. 6⁹⁵
- Nr. 2 120 und 125 cm lang 13⁸⁰
- Nr. 3 130 cm lang 16²⁵

Für Knaben und Mädchen

- Nr. 4 70, 80, 90 cm lang 4¹⁰
- Nr. 5 100 und 110 cm lang 5⁶⁰
- Nr. 6 80 und 90 cm lang 7¹⁰
- Nr. 7 100 und 110 cm lang 9⁸⁰

Gummi-Mäntel zu Ausnahmepreisen

Echt englische und deutsche Fabrikate, hochgeschlossene und offene Formen

- Nr. 8 Kavalierrform, hochgeschlossen (Single) 9⁸⁰
 - Nr. 9 Stoffgummimantel 19⁻
 - Nr. 10 Mode und grünlich (Double) 20⁵⁰
- Bozener Loden-Mäntel zu Ausnahme-Preisen
grau oder grünlich, „imprägniert“ 16²⁰ 19⁻ 24⁵⁰

**Ausverkauf echt englischer
Damen-Gummi-Mäntel**
wegen Aufgabe dieser Warengatt. zu sehr billigen Preisen



Einsegnungs-Anzüge

blau und schwarz, enorme Auswahl, zu den bekannt billigen Preisen!
11.-15.-17.-20.-26.-30.-36.-40.-
Sonntag nur von 12 bis 2 geöffnet!

BAER SOHN

Berlin. Gegründet 1891.
Chausseestraße 29-30
11 Brückenstraße 11
Große Frankfurter Straße 20
Schöneberg, Hauptstraße 10

Prompter Versand nach außerhalb — Der Haupt-Katalog Nr. 48 kostenfrei

1 sehr eleg. Teppich gratis!
erhalten Sie bei Kauf einer Wohnungs-Einrichtung nur bei der Firma

Möbel-Cohn

1. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 58
2. Geschäft: Grüner Weg 109
Bitte genau auf Hausnummern zu achten.

Möbel auf Kredit

Riesen-Auswahl

Stube und Küche 2 Stuben und Küche
und zwar: und zwar:

- | | | | |
|-------------------|-------|-------------------|-------|
| 2 Bettstellen von | 15 M. | 2 Bettstellen von | 35 M. |
| 1 Kleiderschrank | | 2 Matratzen | |
| 1 Spiegel | | 1 Waschtelle | |
| 1 Spiegelspind | | 1 Kleiderspind | |
| 1 Tisch, 2 Stühle | | 1 Wäschespind | |
| 1 Küchenschrank | | 1 Trumeau | |
| 1 Küchentisch | | 1 Sofa, 1 Tisch | |
| 1 Küchenstuhl | | 4 Stühle und | |
| 1 Küchenrahmen | | 1 farbige Küche | |
- Anzahlung an Wochenrate 1.50 Mark an
Anzahlung an Wochenrate 2—3 Mark an

Moderno
Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer
Jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.

Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an.
Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.

Lieferer auch auswärts, Abzahl. wöch., monatl., resp. nach Uebereink.
Jetzt schon gekaufte Einrichtungen können bei mir bis zum April kostenlos lagern.
Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.

Sonntags 12—2 Uhr geöffnet.

Plasmon-Kakao

enthält das seit über 15 Jahren außerordentlich bewährte, billigste und beste Eiweißnährpräparat für Körper u. Nerven

Plasmon

Plasmon-Kakao (ca. 50% Eiweißgehalt)

ist reich an Eisen, natürlichen Phosphorverbindungen und anderen wertvollen Nährsalzen, daher unentbehrlich für Schwächliche, Bleichsüchtige, Nervöse, ebenso für die heranwachsende Jugend als Frühstücksgetränk. — 1/2 Pfund M. 3.00, 1/4 Pfund M. 1.65, 1/8 Pfund M. 0.90.

Plasmon-Biskuit, -Zwieback, -Schokolade, -Haferkakao, Eisen-Plasmon.

Erhältlich in Apotheken und Drogerien. Musterkollektion d. Plasmon-Präparate gegen Einsendung von M. 1.50 überallhin franko. Ausführl. Broschüre versend. gratis

Plasmon-Gesellschaft m.b.H.

Neubrandenburg i. Meckl.

Garbáty

Cigaretten

Qualität

Berühmt



Können Sie werden wenn Sie Ihre Stirne mit Wyberf-Tabletten pflegen. Vorrätig in allen Apotheken und Drogerien Preis der Originalschachtel M. 1

Die reellsten und solidesten

MÖBEL

liefert anerkannt Möbelfabrik von Schulz, Reichenberger Straße 8, seit 85 Jahren die mit langjähriger Garantie zu äußerst billigen Kassenpreisen und gegen Zinsvergütung auch auf Teilzahlung. Größte Auswahl in moderner Ausführung in allen Preislagen von 240 bis 10000 M. am Lager.

Jedermann klagt über die Teuerung.

Das Nahrungsmittel, welches nicht im Preise gestiegen ist, ist Quaker Oats.

Der Absatz von Quaker Oats ist niemals so gross gewesen wie jetzt, ein Beweis seiner Sparsamkeit im Gebrauch.

Gratis-Löffel für Quaker Oats Konsumenten

Quaker Oats Pakete enthalten Gutscheine, für welche wertvolle, schwer versilberte Löffel gänzlich kostenlos erhältlich sind.

Genauere Abbildung in Naturgröße. Ohne Reklameaufdruck.



Arbeiter-

Gesundheits-Bibliothek

Jedes Heft 20 Pfg.

Gebrauch zu haben in Flaschen von 10 Pf. an. Fabrik: Chemische Werke Lubawski & Co. Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.

Itesser

Wickel, auch die hartnäckigsten fettglänzende Haut u. sonstige Hautunreinheiten werden am sichersten durch meine seit fast 25 Jahren bewährten Spezialmittel beseitigt. Garantiert wirksam und unübertrefflich! 2.50 W. Otto Reichel, Berlin 43, U-Bahnstr. 4.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftliche Unterstützungsleistungen.

Sowohl die christlichen Gewerkschaften als auch insbesondere die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften nehmen gern für sich den Ruhm in Anspruch, für ihre Mitglieder in bezug auf Unterstützungen bedeutend mehr zu leisten als die „Streitvereine“, die freien Gewerkschaften.

Es verausgabten im Jahre 1912:

Table with 4 columns: Category, Free Guilds (M.), Guilds (M.), Christian Guilds (M.), and Total. Rows include Arbeitslosenunterstützung, Reiseunterstützung, Umzugsunterstützung, etc.

In Prozenten der Gesamtausgabe:

Table with 4 columns: Category, Free Guilds (%), Guilds (%), Christian Guilds (%), and Total (%). Rows include Arbeitslosenunterstützung, Reiseunterstützung, Umzugsunterstützung, etc.

Betrachtet man die absoluten Zahlen, dann verausgabten die freien Gewerkschaften in einem Jahre für Unterstützungszwecke 36 561 989 M., die christlichen Gewerkschaften nur 1 879 533 M., die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften sogar nur 1 552 255 M.

füllen sind fast restlos den Kranken- und Begräbniskassen der Gewerkschaften zuzuzählen. Letztere werden von den Gewerkschaftskassen organisch getrennt verwaltet; ihnen können auch andere als Gewerkschaftsmitglieder angehören.

Um ein zutreffendes Bild von den Unterstützungsleistungen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen zu erhalten, muß die Gesamtausgabe der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften um rund 300 000 M. oder rund 38 Proz. gekürzt werden.

Auf dem Gebiete der Kampfesunterstützung (Streik- und Gemahregeltenunterstützung) überragen die Leistungen der freien Gewerkschaften sowohl die der christlichen als auch die der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften um ein Bedeutendes; die freien Gewerkschaften verausgabten 21,5, die Gewerkschaften 14,9 und die Christen gar nur 12,5 Proz. ihrer Gesamtausgaben für Kampfeszwecke.

Angesichts solcher Vorzüge der freien Gewerkschaften nimmt es nicht wunder, daß die denkenden Arbeiter sich mehr und mehr den freien Gewerkschaften zuwenden, die nicht nur einen Nachfaktor im Wirtschaftskampfe bilden, sondern die auch ihren Mitgliedern schützend und stützend in allen Lebenslagen zur Seite stehen.

Deutsches Reich.

Ausreden.

Vor Beginn der Aussperrung der 5000 Arbeiter der Linke-Hofmann-Werke in Breslau versuchte der Direktor Schöberg den um Zurücknahme der Lohnreduzierungen vorschreitenden Kommissionen diese damit zu begründen, daß der Staat jetzt für jede Lokomotive 4000 Mark weniger zahlt und die Arbeiter demzufolge auch Opfer bringen müßten.

aber die Liebe Konkurrenz nicht zufrieden. Die Berliner Maschinenbau-Gesellschaft, vormals Schwarz-Lopff, erwiderte in einem vertraulichen Schreiben an den Auslaut, worauf von den Linke-Hofmann-Werken das nachfolgende vertrauliche Schreiben an die Berliner Konkurrenz gerichtet wurde, das die „Breslauer Volkswacht“ zu veröffentlichen in der Lage ist:

Die Darstellung des Herrn Dr. Ehlers, von der uns der Herr Geschäftsführer Kenntnis gibt, entspricht nicht den Tatsachen. Wir haben weder berichtet, daß für die Lokomotiven jetzt 4000 Mark weniger geboten werden, noch haben wir uns auf dieses Mißverständnis in unseren Verhandlungen mit den streikenden Arbeitern berufen.

Wir halten es für das richtige, wenn Sie Herrn Dr. Ehlers fragen möchten, woher er die Angabe, daß die Preise um 4000 M. pro Lokomotive niedriger als früher seien, erhalten hat und ob er sich durch sachliche Prüfung vergewissern hat, ob diese Angaben zutreffen.

Wir wiederholen, daß wir mit Herrn Ehlers in dieser Sache überhaupt nicht verhandelt haben.

Kopie dieses Briefes haben wir Herrn Dittges überfandt. Linke-Hofmann-Werke, Breslauer Aktiengesellschaft für Eisenbahnwagen, Lokomotiv- und Maschinenfabrik.

gez.: Dinnenthal. gez.: Hoenisch.

Wenn die Linke-Hofmann-Werke behaupten, weder berichtet noch gesagt zu haben, daß für Lokomotiven jetzt 4000 M. weniger gezahlt werden, so steht demgegenüber die ganz bestimmte Aussage des Obmanns der Kesselschmiede, zu dem Herr Direktor Schöberg in Gegenwart des Direktors Weber am 30. Januar die fragliche Aussperrung gelang hat.

Mit den wenigen Ausreißern haben die Linke-Hofmann-Werke entschieden Recht. Einmal sind die Leute gar nicht in der Lage, ein vernünftiges Stück Arbeit zu liefern, so daß die Fabrik mehr Schaden als Nutzen hat, dann aber kommt es innerhalb der Fabrik häufig unter den Arbeitswilligen selbst zu schweren Schlägereien. Die in der Fabrik zum „Schuhe“ der Arbeitswilligen stationierten Genarmen mußten schon wiederholt die eigenen „Schützlinge“ verhaften.

Zur Aussperrung in der Solinger Waffenindustrie.

Dem Beschluß des Unternehmerverbandes, alle Waffenarbeiter auszusperrn, sind nicht alle dem Unternehmerverbande angehörenden Firmen nachgegeben. Vier kleinere Firmen lebten dies nach erst vor entschieden ab, und weigern sich sogar, Streikarbeit zu verrichten.

Kleines Feuilleton.

Der Schotter.

Heut las ich wieder in dem stolzen Buch: Von unten auf! — in dem Kapitel Großstadt. Nun stand ich mitten in der Werktagsschlut und schrie und rang und schuf und litt, preßte mein Herz, den tollen Pöbel, hand hochgestimmt in Blut und Mut und hörte der Weltstadt Hämmer rasen.

Die Armut schleppte ihre letzte Habe, ihr letztes bißchen Gut zum Freiheitsbau. Und eine Mutter sprach zu ihrem Sohn: Da, nimm das Bett, ich kann auf nackter Erde sterben!

Im Rauch und Qualm und Kampfgeißel stand eine Fahne gutverrammt im Bau. Zertrümmert und zerfetzt war schon ihr Tuch — Rebellenrot bräunt sich mit Schwarzumhangener Trauer...

Sie zündeten ein großes Feuer und warfen dann das trogige Gerümpel in die Glut.

Die Flamme schlug nicht himmelauf — Ein schwerer Qualm wälzt sich in alle dunkeln Gassen. Das war ein Opferrand, wie ihn die Sage meldet von Cain und Abel aus dem Paradies, bevor der erste Bruder mord geschah.

Schon viele Jahre sind versunken, seit diese Mordtat geschah. In Hochpalästen haben reiche Leute sich an der Straße eingewohnt, und schöne Feste sind an ihr verrauscht.

Daß ob der Blindheit Stirnen drohen, mit stolzem Wachsen über der Weltstadt Dächern greift eine Fahne wehend mächtig aus. Einst roh verscharrt, wuchs wieder sie empor, und festgerammt steht sie im Grund, im Schottergrund der Rastenstraße.

Das Land, auf dem wir daun, ist heilig Land: Gelaßt, getauft mit unversehmem Blut! Nun soll das Leben tolllos blüh'n!

Max Barthel.

Das Hungerlohn-Museum. Vor etwa neun Jahren ist in Berlin in einer Ausstellung die furchtbare Not der Heimarbeitenden in Wort und Bild gezeigt worden. Jetzt hat auch die französische Vereinigung der „Liga der Jungen Republik“ in Paris ein Museum der „Wirtschaftsnot“ eröffnet.

200 Ruster von blutsaugerlicher Heimarbeit, die eine eindringliche Mahnung zur Schaffung eines Gesetzes zum Schutze der Heimarbeit enthalten.

Chauvinismus. Was ist das? Hurratriotismus im Kino, im Mozartaal. Geschichtsklitterung auf der Leinwand. Eho man den großen Kängur in allen Lebensphasen zeigt, zeigt man zum Unterschied den langen Kängur in foundobielen Bildern.

Ein solch unbändiger Musterknabe, wie dieser gesimnte Heros, ist mir selbst im kirchlichsten Schundroman nicht vorgekommen. Kein blasser Schimmer irgendeiner Schwäche; rauhen, sauren, kurz alles kann er besser als jeder andere. Das Publikum katstcht, Gelegenlich der Bismarckspende behauptet eine Tafel, es sei eine Spende des ganzen Volkes gewesen.

Notizen.

Vorträge. Franz Schuman aus Philadelphia spricht über seine Sonnenkraftmaschine (mit Kinovorführung) morgen Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Wienerkongressaal des Reichstagsgebäudes.

John Murray, der hervorragende Ozeanforscher, dem soeben eine Automodifahrt das Leben gekostet hat, gehört zu den Gelehrten, die an der großen Challenger-Expedition 1872-73 teilnahmen, dieser bedeutenden Fahrt im Atlantischen und Stillen Ozean, die in der Tiefseeforschung Entscheidendes geleistet hat.

Ein Wiedertäufer-Roman soll das Werk sein, an dem Gerhart Hauptmann gegenwärtig arbeitet. Daß er an einem Wiedertäufer-Drama schafft, ist seit Jahren bekannt. Er trug gelegentlich im Vortragssaal Szenen daraus vor.

Das Kennwort. In der Universität Breslau wurden kürzlich die preisgekrönten Bewerber akademischer Preisaufgaben verkündet. Einer der Preisbewerber hatte das Kennwort gewählt: Der Deutsche, bieder, fromm und stark, bekümmert sich um jeden Quark.

Die Gelderlei, die bei dem Verlesen dieses schönen Wortes ausbrach, letzte sich nicht, als hinzugesagt wurde, daß die Fakultät dieses Wort als ungehörig bezeichnet hat. Der Verfasser hatte aber nicht nur den Trost, daß er den vollen Preis erhielt, sondern es ist ihm sogar noch die kostenlose Promotion in Aussicht gestellt worden.

Was sehr erfreulich absieht von dem, was der Deutsche, sofern er die sogenannte Form nicht wagt, bei seinen fleißigsten Werken zu erleben pflegt.

aussperrenden Firmen in den letzten Wochen 40 000 Seltengewehre in Auftrag gegeben und verlangt jetzt die schleunigste Lieferung der besten Waffen. Die rumänische Regierung hat einen größeren Auftrag Militärädel beauftragt, auch Serbien soll den Solinger Firmen größere Aufträge übertragen haben. Die Arbeit drängt also, weshalb schon jetzt die Aussperrung recht empfindlich für die — Fabrikanten wird. In auswärtigen Blättern, besonders in den Nachbarländern Reichs und Hagen-Schwelm suchen sie Streikbrecher, konnten aber bis jetzt keine erhalten. Waffenarbeiter lassen sich eben nicht leicht durch Hingegardisten erlegen.

Mit Dienstag lief die Kündigungsfrist der mit der Aussperrung bedachten Arbeiter ab. Da die kleineren Firmen nicht aussperren, werden höchstens 500 Arbeiter von der Aussperrung betroffen, von denen weit über 100 bereits in anderen Branchen der Solinger Industrie Beschäftigung gefunden haben. Es kommen also rund 400 Waffenarbeiter in Frage, die von den Organisationen unterstützt werden müssen. Die öffentliche Meinung steht auf Seiten der Aussperrten, und selbst bürgerliche Zeitungen am Ort erklären, daß die Unternehmer an der Zulassung des Kampfes allein die Schuld tragen, da sie den streikenden Arbeitern der Firma Gschorn nicht einmal Zeit ließen, zu dem Ultimatum des Unternehmerverbandes, das die Aufhebung des Streiks verlangte, Stellung zu nehmen.

Eine Versammlung der Streikenden beschloß, die eventuelle Erhebung von Entschädigungen für die ganze Dauer des Kampfes der Vertreterversammlung zu überweisen.

Wingerstreik in der Rheinpfalz.

Die Weinbergarbeiter von Neustadt a. S. und Umgebung sind am Montag in den Streik getreten, nachdem beschiedene Forderungen auf Lohnhöhung von dem rasko gegründeten Arbeitgeberverband der Weinbergbesitzer abgelehnt worden waren. Die im Deutschen Landarbeiterverband organisierten Winger hatten in einem Tarifentwurf die Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse versucht und die Weinbergbesitzer bis zum 15. März um Antwort erlucht. Diese wichen einer bestimmten Antwort aus. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters von Neustadt a. S. fanden hierauf zwei Verhandlungen statt, die aber an dem Widerstande der Besitzer scheiterten. In der Zwischenzeit schlossen sich die Weingutsbesitzer zu einem Arbeitgeberverbande zusammen und lehnten nun die Wingerforderungen ab. Zu einer nochmaligen vom Bürgermeister angelegten Verhandlung erschienen die Besitzer nicht mehr. Hierauf beschloßen die Winger, die Arbeit niederzulegen. Ihre Forderungen gehen auf eine Erhöhung des Tagelohns von 3 M. auf 3,50 M. und auf Erhöhung des Akkordlohnes um 10 Proz.

Erwähnenswert ist das Verhalten der Christen. Obwohl der Weingüterverband im ganzen Gebiete kein einziges Mitglied besitzt, wurde anfangs März gleich nach Bekanntwerden der Lohnbewegung ein christliches Bezirkssekretariat nach Neustadt a. S. d. H. verlegt. Der christliche Sekretär berief dieser Tage eine „Konferenz der christlichen Winger“ nach Neustadt a. S. d. H. ein, zu der ganze drei Winger erschienen. Streikbrecher sind bei dieser Bewegung nicht zu fürchten, da nahezu alle Winger im Deutschen Landarbeiterverbande organisiert sind und fremde, mit dem Weinbau nicht vertraute Arbeiter, unersetzlichen Schaden anrichten könnten. Lediglich den Christen ist auf die Finger zu sehen, die vielleicht versucht werden, christliche Winger heranzuziehen, um im Trüben zu fischen.

Aus der Partei.

Internationale Solidarität.

Der Vorsitzende der russischen Duma-Fraktion überfandte unserer Reichstagsfraktion eine Erklärung, in der er gegenüber den Kriegsheteren hüten und drüben namens der gesamten sozialdemokratischen Duma-Fraktion der deutschen Arbeiterklasse die Gefühle der vollsten Solidarität übermittelte.

Erfolge der Roten Woche.

Im Wahlkreise Viefeld-Wiedenbrück brachte die Rote Woche 619 männliche und 217 weibliche neue Parteimitglieder und 445 neue Abonnenten der Parteipresse.

In der Stadt Erfurt wurden rund 950 neue Parteimitglieder, darunter 250 weibliche, sowie 361 neue Abonnenten auf die „Tribüne“ gewonnen.

Im Chemnitzer Wahlkreise wurden 3840 Parteimitglieder und 1230 neue Abonnenten der „Volksstimme“ gewonnen.

Im Großherzogtum Weimar beträgt das Resultat der Roten Woche 1079 Parteimitglieder und 819 neue Abonnenten der Parteipresse.

Der Fall Drupbacher.

Bern, 16. März. (Fig. Ver.) In der Schweizer Parteibewegung spielt gegenwärtig das gegen den Zürcher Anarchisten Fritz Drupbacher eingeleitete Ausschlußverfahren eine Rolle. Die zürcherische Parteileitung hatte den sozialdemokratischen Verein Eintracht in Zürich, dem Drupbacher als Mitglied angehört, erlucht, das Ausschlußverfahren gegen Drupbacher einzuleiten. Der Vorstand beantragte auf Grund eines umfangreichen Materials den Ausschluß, der Verein lehnte aber den Ausschluß ab. Es mögen hierbei vorwiegend psychologische Motive mitgespielt haben. Drupbacher ist ein Mensch mit einem starken sozialen Empfinden. Er lebt beständig unter den Arbeitern, weiß sich geschickt allen Situationen anzupassen, und da gegen andere Parteimitglieder, die sich in offenkundiger Weise gegen Parteibeschlüsse vergangen, Ausschüsse nicht beantragt wurden, ist die Haltung der Eintracht aus psychologischen Erwägungen heraus zur Rot verständlich. Gegen den Entschluß der Eintracht erhob ein Mitglied den Rekurs an die schweizerische Parteileitung, da sich die kantonale Geschäftsleitung als besorgsam erklärte und sich außerstande sehe, den Rekurs, den sie formell zuerst hätte behandeln müssen, zu erledigen, nachdem sie selber den Ausschlußantrag einreichte. Die schweizerische Parteileitung verfügte unter Guldberg des Rekurses gemäß dem allerdings nicht eben demokratischen Artikel 25 des Parteistatuts den Ausschluß mit der Begründung, Drupbacher gehöre als Anarchist nicht in die sozialdemokratische Partei. Formell wäre damit die Sache erledigt gewesen, da die schweizerische Geschäftsleitung nach dem Parteistatut als letzte Instanz in Ausschlußangelegenheiten eingesetzt ist. Drupbacher erhob aber gegen den Entschluß der Geschäftsleitung Einsprüche an den erweiterten Parteivorstand und sorgte auch sonst dafür, daß sich in verschiedenen Parteifreien ein Sturm im Glase Wasser erhob. Er ließ sich als Opfer einer ungerechten Parteijustiz ausgeben, warf der Parteileitung vor, daß sie statutenwidrig gehandelt habe und daß der Ausschluß nur ein persönlicher Racheakt und die Verletzung eines unheilbaren Kritikers sei. Dazu unterbreitete er dem erweiterten Parteivorstand eine lange Erklärung, nach der er sich auf den Boden des Parteiprogramms zu stellen verspricht, die Grundzüge und Parteibeschlüsse anerkennen und auch den Klassenkampf führen will.

Der erweiterte Parteivorstand beschäftigte sich mit der Ausschlußfrage am letzten Sonntag. Drupbacher war persönlich zugegen und präzisierete seine Erklärung. Die Geschäftsleitung, die sich schon beim Ausschlußentscheid in eine Wehrzeit und in eine Widerwehr gestellt hatte, ließ durchblicken, daß sie gegen die Aufhebung des Ausschlusses am Ende nichts einzuwenden hätte, da nun genügende Erklärungen seitens des Ausschlußgegners vorlägen. In der langen Debatte konnte man zunächst feststellen, daß die Mitglieder der Geschäftsleitung, die Drupbacher am meisten und heftigsten kritisiert und angefochten hatte, gegen den Ausschluß sprachen und damit die absichtlich verbreitete Auffassung, als ob der Ausschluß wegen des unbeherrschten Kritikers und nicht wegen des Anarchisten Drupbacher

erfolgt sei, widerlegten. Die Mehrheit der Redner beantragte, am Ausschluß festzuhalten und zwar auf Grund der von Drupbacher mündlich bestätigten Anschauung, daß man Anarchist und Sozialdemokrat zugleich sein könne. Damit hatte die Angelegenheit einen prinzipiellen Charakter angenommen, der über die Person des Ausschlußgegners hinausgeht und die Genossen Grenlich, Gault, Grimm und andere wandten sich energisch gegen die von Drupbacher aufgestellte verwirrende Lehre. Es wurde ihm bedeutet, daß er heute verurteilt, gegenüber der schweizerischen Partei die gleiche Loyalität durchzuführen, wie sie sein Lehrmeister Bakunin der alten Internationalen gegenüber praktizierte, und daß er die Partei lediglich als Mittel zur Ausübung einer antisozialistischen Propaganda mißbrauchen wolle. Die Debatte endigte schließlich mit der Annahme des folgenden, mit 20 gegen 5 Stimmen zum Beschluß erhobenen Antrages Grimm:

1. Der Parteivorstand stellt fest, daß die Geschäftsleitung nach Maßgabe des Art. 25 der schweizerischen Parteistatuten in Ausschlußverfahren letztentscheidende Instanz ist. Die Geschäftsleitung war formell für den Ausschluß Drupbachers kompetent.

2. Der Parteivorstand billigt den Ausschluß Drupbachers aus der Partei aus materiellen Gründen. Drupbacher erklärt, er sei Anarchist. Der Anarchismus, in welcher Form es auch sei, steht im Widerspruch zu der sozialdemokratischen Auffassung. Das Bekenntnis zum Anarchismus schließt die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei aus.

3. Da der Ausschluß Drupbachers eine über die Person des Ausschlußgegners hinausgehende Bedeutung besitzt, beschließt der Parteivorstand, es sei die Ausschlußangelegenheit dem nächsten ordentlichen Parteitag zu unterbreiten.

Mit diesem Beschluß erhält die Partei Gelegenheit, sich einmal mit der grundsätzlichen Seite des Ausschlusses zu beschäftigen, nachdem Drupbacher und seine Anhänger hartnäckig versuchen, der Sache das Mäntelchen des Partyrums umzuhängen und auch im Ausland in diesem Sinne den Tatbestand verwickeln wollen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine große Staatsaktion.

Dienstag früh begann vor der 3. Strafkammer des Landgerichts Elberfeld der Prozeß gegen die Genossen Winnen, Dülhoff und Ullmann. Elberfeld wegen der bekannten Broschüre: „Wer will unter die Soldaten?“ Genosse Peter Winnen ist als Verfasser der Broschüre und Genosse Wilhelm Ullmann als Verleger angeklagt. Sie sollen wissentlich falsche Tatsachen öffentlich behauptet und verbreitet und damit Staatseinrichtungen verächtlich gemacht haben. Vergehen gegen die §§ 181, 40, 41, 47 Strafgesetzbuch. Die Beschlußkammer des Elberfelder Landgerichts hatte zunächst die Eröffnung des Strafverfahrens abgelehnt. Auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft verfügte dann aber das Oberlandesgericht die Erhebung der Anklage. Es war ein umfangreiches Zeugen- und Beweismaterial herbeigeschafft worden. Als Zeuge erschien u. a. der Genosse Liebschütz.

Auf Antrag des Staatsanwalts wurde wegen Gefährdung der Staatssicherheit und der öffentlichen Ordnung für die ganze Dauer der Verhandlung die Presse ausgeschlossen.

Die Verhandlung zog sich bis zum späten Abend hin. Das Urteil lautete gegen Winnen auf 200 M., gegen Ullmann auf 100 M. Geldstrafe.

Jugendbewegung.

Von der nationalen Jugenderziehung.

Man schreibt uns: Die Türe der Sakristei der evangelischen Kirche des Ortes öffnet sich. Ein Schwarm von Jungen im Alter von 10 bis 14 Jahren strömt heraus. Ein Duzend davon tragen Jugendwehranzüge. Auf das Kommando eines Mannes von etwa 30 Jahren formieren sich die Bubens und dann geht es mit Trommelschlag und Pfeifenklang dem nahen Walde zu. Voran schreitet stolz ein Dreifährhock mit Schwalbenfedern an den Schultern und Tambourmajorstock in der Faust. Ein Junge trägt die schwarzweilrote Fahne.

Im Walde angekommen, gibt der Mann seine Disposition: „Der Feind, die Franzosen, ziehen von Rummelsburg auf unseren Ort. Ihr habt die Vorhut ausfindig zu machen und zurückzuschlagen.“ Ein paar Bubens haben währenddem ein wenig Märitia getrieben. Ernst ruft ihnen der Mann von etwa 30 Jahren zu: „Seid nicht so kindisch und paßt auf.“

Dann wählt er ein paar Bubens ohne Märitianzüge aus. Das sollen die Franzosen sein, die zurückgeschlagen werden. Sie gehen am Waldbesam entlang, solange sie der Mann von 30 Jahren sieht. Dann schlagen sie sich seitwärts in die Büsche und der Letzte sagt:

„Wir sollen immer die Franzosen sein, damit uns die G'schwoolen mit ihre Hü' verlocken können. Der is wohl do!' Sie trollen sich nach Hause. Der Mann von etwa 30 Jahren wartet lange. Endlich kommen die „Deutschen“ zurück und melden, daß der Feind nicht aufzufinden sei. Da wird der Mann wütend und schreit:

„Die Bande — da is se wieder weggelassen! Keine Disziplin und keine Kurache!“

Er sammelt seine „Deutschen“; mit wehendem Banner, mit Trommelschlag und Pfeifenklang zieht die Gesellschaft wieder zur evangelischen Kirche zurück.

Aus Industrie und Handel.

Rückgang des Kohlenhandels im Februar.

Sowohl Aus- als Einfuhr zeigen im Februar dieses Jahres einen Rückgang gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres. Besonders charakteristisch ist es, daß nun auch die Ausfuhr zurückgeht. Die Einfuhr sank von 5,29 auf 5,07 Millionen Tonnen, dem Werte nach von 925,8 Millionen Mark auf 903,7 Millionen Mark. Die Ausfuhr stellte sich auf 6,19 Millionen Tonnen gegen 6,88 Millionen Tonnen im Februar 1913; dem Werte nach fiel sie auf 815,5 Millionen Mark gegen 837,2 Millionen Mark.

Bei der Erneuerung des Kohlenhandels wird auch die Verkaufsorganisation, das Kohlenkontor eine Neugestaltung erfahren. Die großen Kohlenbergwerke suchen daher schon jetzt ihren Einfluß auf das Kohlenkontor durch Anknüpfung von Kohlenhandelsfirmen zu vergrößern. So ist in diesen Tagen zwischen dem Essener Bergwerksverein König Wilhelm in Essen und der Kohlenbergbau- und Handelsfirma Julius de Gruyter in Duisburg-Mannheim eine Vermählung in der Form zustande gekommen, daß die Firma Julius de Gruyter in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Duisburg umgewandelt wird. Die Firma bringt ihren gesamten Schiffspark und ihre Beteiligung am Kohlenkontor in die neue Firma ein, die ihre Tätigkeit am 1. April beginnt.

Das Eisen- und Stahlwerk Hoersch laßt das Siegerländer Erzbergwerk Eisenbergwerk für etwa 10 Millionen Mark an, um die Verdrängung seines wachsenden Eisenerzbedarfs sicher zu stellen. Hoersch, das schon jetzt Kohlengruben und Eisenerzbergwerke besitzt, vollendet dadurch seinen Ausbau zu einem gemischten Werk.

Die Petroleumproduktion der Vereinigten Staaten erfuhr im Gegenatz zu der europäischen Petroleumzeugung im Jahre 1913 einen beträchtlichen Aufschwung. Es wurden insgesamt 240 Millionen Barrels (= 39 Millionen Tonnen) gegen nur 222 Millionen im Jahre 1912 gewonnen.

Der Oeltrust in China. Nach Mitteilungen, welche der Vizepräsident der Standard Oil Company über das Abkommen

mit der chinesischen Regierung zur Ausbeutung der Oelgebiete in Nordchina gemacht hat, ist der ursprüngliche Plan, der chinesischen Regierung ein Darlehen in Höhe von 15 Millionen Dollar zu gewähren, fallen gelassen und bedungen worden, daß China der genannten Gesellschaft zunächst Ländereien zur Ausbeutung der Oelgebiete bezw. zur wirtschaftlichen Entwicklung überweist; aller Oelium soll derart unter den Kontrahenten geteilt werden, daß die Standard Oil Company den Löwenanteil erhält.

Die Konzessionen umfassen nicht nur Oel, sondern auch Bergwerke und Eisenbahnen; die erforderlichen Oelbohrmaschinen sind bereits verschifft und die Standard Oil Company beschäftigt, im ganzen 6 bis 10 Millionen Dollar auf die Erschließung der gedachten Ländereien zu verwenden. Die „New York Times“ bezeichnen das Abkommen als einen großen Sieg der Standard Oil Company und lassen sich aus London telegraphieren, der Vertrag gehe dahin, daß die chinesische Regierung ohne Entgelt 37 1/2 Proz. der Anteile der Gesellschaft erhalte, welche zur Ausbeutung der Konzessionen gebildet worden sei, mit einer zweijährigen Option auf weitere 7 1/2 Proz. dieser Anteile.

Gegen die Klassenjustiz.

Wieder hat eine Massenversammlung Protest erhoben gegen das ungeheuerliche Urteil, welches die Frankfurter Strafkammer über die Genossin Rosa Luxemburg verhängte. Tausende strömten gestern abend nach der „Neuen Welt“, wo die Neuföllner Parteigenossen eine Volksversammlung einberufen hatten. Aber bei weitem nicht alle, die sich an dem Volksprotest gegen die Klassenjustiz beteiligen wollten, fanden Einlaß, denn der riesige Saal war nebst Bühne und Galerie schon lange vor Beginn der Versammlung von einer dichtgedrängten Menge gefüllt und wurde polizeilich abgesperrt.

Als das Opfer der preussischen Justiz, Genossin Luxemburg, den Saal betrat, wurde sie mit stürmischem Applaus empfangen, und während ihres Referats, das eine treffende Sternzeichnung der durch den Militarismus gestifteten Klassenherrschaft war, bekundeten oft spontan ausbrechende Beifallsstürme das volle Einverständnis der Versammlung mit den Ausführungen der Rednerin.

Ich vermisse — sagte Genossin Luxemburg — in dieser Versammlung den Frankfurter Staatsanwalt und die Richter. Ich wünschte, sie könnten mit eigenen Augen das Werk ihrer Hände sehen. (Lebhafter Beifall.) Hier zeigt sich wieder, daß niemand so prächtig für uns arbeitet, wie unsere Feinde. — Man hat mich zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. (Stürmische „Fu!-Rufe.“) Vom Standpunkt der heutigen Gesellschaft habe ich ein ungeheures Verbrechen begangen, denn ich habe den Arbeitern in Deutschland und jenseits der Grenzen zugerufen: „Du sollst nicht töten!“ Weil wir Sozialdemokraten dieses christliche Gebot ernst nehmen, sind wir in den Augen der Vertreter der heutigen Gesellschaft, die vom systematischen Mord lebt, Staatsverbrecher. — Wie der Staatsanwalt sagte, habe ich durch meine Agitation den Lebensnerv des Staates angegriffen. Nach dieser Auffassung ist also nicht die Sorge für die Opfer der heutigen Gesellschaftsordnung, für die Arbeitslosen und Hungernden der Lebensnerv des Staates, sondern der Militarismus ist es, der jenen Kadavergehoram verlangt, der es fertig bringt, daß die Träger des Soldatenrodes, wenn es befohlen wird, auf Vater und Mutter schießen. (Fu!-Rufe.) Dieser Revue muß geteilt werden. Das Frankfurter Urteil ist eine dokumentarische Bekundung der Tatsache: Nur durch die Bajonette kann sich der heutige Staat am Leben erhalten. (Beifall.) Eine Gesellschaft, die solcher Mittel bedarf, hat mit dem Augenblick, wo sie über einen sozialdemokratischen Agitator ein Jahr Gefängnis verhängt, sich selbst das Todesurteil gesprochen. (Lebhafter Zustimmung.) Uns bleibt nur noch übrig, dies Todesurteil durch emsige Parteiarbeit so schnell wie möglich zu vollstrecken. (Stürmischer Beifall.)

Der Staatsanwalt hat meine Agitation als besonders gefährlich bezeichnet, denn — sagte er — ein bis zwei Duzend betatt verheerter Leute in einer Kompagnie könnten eine Reiterei hervorbringen. — Also der Militarismus, der uns als ein gewaltiger, stahlgepanzelter, waffenstarrer Riese hingestellt wird, zittert vor einer Reiterei von zwölf Soldaten! (Heiterkeit.) In diesem Wort ist ein wahrer und erster Kern, denn es zeigt sich, daß die trügliche Gewalt, die uns alle niederschmettern will, innerlich hohl, morsch und feige ist. (Beifall.) Man unterschätzt uns, wenn man glaubt, es sei uns um ein Komplott von zwölf Soldaten zu tun. Mit solchen Kleinigkeiten geben wir uns nicht ab. (Großer Beifall.) Was wir wollen, das ist viel gefährlicher für den heutigen Staat: Die Aufrüttelung der Millionen von arbeitenden Männern und Frauen. Das ist die große historische „Reiterei“ der Arbeiterklasse gegen das heutige Gesellschaftssystem. — Dies Ziel wird nicht durch eine Reiterei von zwölf Soldaten erreicht.

Wir wollen die Kriege aus der Welt schaffen. Doch nicht in der Weise, daß wir den Soldaten zurufen: „Schießt nicht auf die Feinde,“ sondern dadurch, daß wir die Massen des Volkes über das Rode und Brulale des Krieges auflären. Wir wissen, daß die aufgeschalteten Arbeiter nicht dümmere werden, wenn sie die Rüsthaube auf dem Kopf tragen und daß ihre Brust auch unter dem Soldatenrock durchglüht ist von dem heiligen Feuer für die Ideen des Sozialismus. (Beifall.) Die geschichtliche Entwicklung führt dazu, daß früher oder später alle Bestrebungen des bösewärtigen Militarismus am Widerstande der Arbeiterklasse zerbrechen wie Glas an Granit. Wir haben in Bayern gesehen, wie der Militarismus Gesetz und Recht mißachtet und die schwersten Gefahren für den inneren Frieden herbeiführt. Wenn wir den Militarismus bekämpfen, so arbeiten wir für die friedliche Kulturentwicklung in Deutschland. (Lebhafter Beifall.)

Vergebens habe ich versucht, den Richtern in Frankfurt das Wesen der sozialdemokratischen Bestrebungen klar zu machen. Sie haben es nicht verstanden. Es hat sich gezeigt, daß man Vertretern der heutigen Gesellschaft unsere Bestrebungen nicht klar machen kann. Eine Verständigung zwischen uns und ihnen ist ausgeschlossen. Deshalb ist es auch nicht möglich, daß wir Kompromisse mit dem herrschenden System schließen, sondern Kampf auf Tod und Leben gegen die herrschende Gesellschaft muß unsere Lösung sein. (Beifall.)

Im Kampf gegen den Militarismus und die gesamte Reaktion stehen wir Sozialdemokraten allein da. Warum es so ist, das sagt uns die Erinnerung an die Ereignisse des 18. März. Nachdem das Militär durch das bewaffnete Volk besiegt war, hat das feige Bürgertum aus Angst vor der aufkommenden Arbeiterklasse mit der Reaktion geteufelt und so ist das Volk der siegreichen Revolution durch den Fuß des Militarismus niedergedrückt worden. Militarismus und Reaktion sind durch das Verhalten der Bourgeoisie wieder zu uneingeschränkter Herrschaft gekommen. Wir sind also im Kampf gegen die Reaktion nur auf uns angewiesen. Wir wissen, daß die Macht der Arbeiter nicht dann am stärksten ist, wenn sie die Nordwaffe führen, sondern wenn sie die Hände über der Brust kreuzen und die Arbeit verweigern. (Beifall.)

Das Frankfurter Urteil hat auch gezeigt, daß wir, die heute noch recht- und machtlos sind, bereits die moralische Macht auf unserer Seite haben und der Staat vor uns zittert. Rufen wir diese Macht aus. Kämpfen wir, auch wenn es noch so viele Opfer kostet, für unsere große Sache, damit bald der Tag kommt, wo die Gesellschaft in Trümmer geht, von der einer ihrer Vertreter sagte, daß ihr Lebensnerv der Militarismus ist. (Stürmischer, langandauernder Beifall.)

Der Vorsitzende, Genosse Kadize, bemerkte zum Schluß, eine Resolution werde nicht zur Abstimmung gebracht. Jeder, der uns noch nicht angehört, solle seinen Protest gegen das Frankfurter Urteil durch Eintritt in den Wahlverein und Mitarbeit an unseren Bestrebungen zum Ausdruck bringen.

Mit begeisterten Hochrufen auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Draußen auf der Straße demonstrierte die preussische Staatsmacht durch ein sehr starkes Aufgebot von Schutzleuten, denen es wirklich gelang, die in keiner Weise bedrohte Ordnung aufrechtzuerhalten.

Soziales.

Uebersicht über die Krankenkassen.

Nach der Neuordnung auf Grund der Reichsversicherungsordnung sind aus den bisher bestehenden 21 639 Krankenkassen Deutschlands 9824 geworden, die in 2463 Allgemeine Ortskrankenkassen, 337 besondere Ortskrankenkassen, 395 Landkrankenkassen, 5587 Betriebskrankenkassen und 892 Innungskrankenkassen zerfallen. Die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt bei den Allgemeinen Ortskrankenkassen 3752, bei den Landkrankenkassen 4471, bei den Betriebskrankenkassen 668 und bei den Innungskrankenkassen 431 Personen. Dem Krankenkassenwesen würde noch mehr gebient worden sein, wenn nur Ortskrankenkassen geschaffen worden wären.

Um die Unterbringung der Angestellten von geschlossenen Krankenkassen bemüht sich der preussische Minister für Handel und Gewerbe in einem Erlaß an die Oberversicherungsämter. Es wird darin den Vorständen der Krankenkassen empfohlen, die „geeigneten Angestellten, die infolge der Neuordnung bei einer Krankenkasse entbehrlich werden, bei Annahme von Hilfskräften möglichst zu berücksichtigen und bei ihrer Anstellung auf die in der früheren Stellung erworbene Anwartschaft auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge wohlwollende Rücksicht zu nehmen.“

Weniger Einkommen.

Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ sucht den Anschein zu erwecken, als ob die Vergarbeiterlöhne noch fortgesetzt im Steigen begriffen wären. Nach dem Durchschnitt für das Jahr 1913 ergibt sich allerdings ein etwas höherer Verdienst als für das vorausgegangene Jahr. Aber schon im vierten Vierteljahr 1913 war der Lohn niedriger als im dritten Vierteljahr 1913. Die Schichtlöhne standen nach den amtlichen Ausweisen bereits um 4 bis 7 Pf. niedriger. Eine weitere Einbuße brachte sodann der Kohlenausfall. Im Steinkohlenbergbau betrug das Lohnereinkommen auf den Arbeiter:

Bezirk	3. Vierteljahr		4. Vierteljahr		mithin weniger
	Jahr	1913	Jahr	1913	
Ober-Schlesien	303	283	283	20	
Nieder-Schlesien	287	281	281	6	
Dortmund	463	425	425	38	
Saarbrücken	355	339	339	16	
Sachsen	415	385	385	30	
Niederrhein	492	413	413	79	

Das sind teilweise recht fühlbare Rückschläge. Auch im Braunkohlenbergbau, im Salz- und Erzkbergbau hatten die Arbeiter Ausfälle zu beklagen. Im Bezirk Halle stellt sich der Minderverdienst im Salzbergbau auf 17 Pf., im Bezirk Clausthal auf 20 Pf. Wasser Staat hat seinen Arbeitern im Erzbergbau am Oberharz sogar die sogenannte Prokornzulage um 3 Pf. auf 14 Pf. gekürzt. Schät väterlich. Den Kohlenkapitalisten aber fließen erhöhte Zinsebenen zu. So kommt die kapitalistische Harmonie der Interessen immer zu ihrem Recht.

Gerichtszeitung.

Wiederaufnahmeverfahren gegen ein Todesurteil.

Uns wird telegraphiert: Düsseldorf, 17. März. Das hiesige Schwurgericht hatte am 27. November vorigen Jahres den 19-jährigen Fabrikarbeiter Fehder aus Reuß wegen Raubmordes zum Tode verurteilt. Auf Grund neuer Beweismomente hatte der Verteidiger des Fehder den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt, doch war dieser Antrag von der Strafkammer des Landgerichts abschlägig beschieden worden. Nunmehr hat das hiesige Oberlandesgericht in dem Prozeß gegen Fehder das Wiederaufnahmeverfahren angeordnet.

Ein diebischer Schlächtermeister.

Eine überraschende Aufklärung hatten die Diebstähle gefunden, durch welche dem Schlächtermeister Dubisch ein erheblicher Schaden zugefügt worden war. — Dubisch hat von einer Molkereigesellschaft in der Köpenicker Straße einen Molkraum gemietet, in dem er das auf dem städtischen Schlachthofe geschlachtete Fleisch aufbewahrt. Es war ihm schon wiederholt aufgefallen, daß große Fleischstücke fehlten. Seine Vermutung, daß hier ein recht raffinierter vorgebender Dieb seine Hand im Spiele habe, bestätigte sich, als am 31. Oktober d. Js. ein Posten Milch und Schweinefleisch im Werte von 400 M. aus dem verschlossenen Molkraum verschwand. Da sich ein Aufseher erinnerte, am Nachmittag, also zu einer ungewöhnlichen Zeit, den Schlächtermeister Hans Hein, der ebenfalls einen Molkraum gemietet hatte, dort gesehen zu haben, fuhr der Postbote sofort nach dem Wochenmarkt in Groß-Lichterfelde hinaus, wo H. einen Verkaufstand hatte. Der Verdacht, daß Hein der Dieb sei, bestätigte sich. Der größte Teil des gestohlenen Fleisches, welches an dem Stempel wiederzuerkennen war, wurde bei H. noch vorgefunden und beschlagnahmt. — Gegen Hein wurde Anzeige wegen 10 weitere Diebstahls erhoben, die jetzt die 7. Strafkammer des Landgerichts I beschuldigt. Auf Grund der Wiederaufnahme erkannte die Strafkammer dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf vier Monate Gefängnis.

Milchplattscherei.

Zur Warnung der Milchplattscherei kann ein Fall dienen, der das Schöffengericht Berlin-Mitte beschäftigte. Wegen wissenschaftlichen Vorgehens gegen das Nahrungsmittelgesetz war die Milchhändlerin Schlüter angeklagt. — Bei der Angeklagten, die schon seit langem in dem Verdacht stand, in ihrem Gartenstraße 97 gelegenen Milchgeschäft gewerbsmäßig Milch zu veräußern und als Vollmilch zu verkaufen, erliefen eines Tages ein Polizeibeamter, um eine Untersuchung der zum Verkauf gestellten Milch vorzunehmen. Während er sich an einem Milchfass beschäftigte, ergriff die Angeklagte einen auf dem Labentisch stehenden Kessel und ließ damit nach der Milch. Der Polizeibeamte ließ ihr nach und kam gerade dazu, wie die Angeklagte die mit „Vollmilch“ bezeichnete Milch in den Kessel gießen wollte. Die Untersuchung ergab, daß die angebliche Vollmilch derartig mit Wasser verplankt war, daß sie nicht einmal als Magermilch angesehen werden konnte. — Der Amtsanwalt vertrat den Standpunkt, daß man gerade gegen die sogenannten Milchplattscherei mit aller Schärfe des Gesetzes vorgehen müsse, da es sich um eines der hauptsächlichsten Volks-

nahrungsmittel handele, welches gegen gewissenlose Verfälschungen besonders energisch geschützt werden müsse. Der Antrag des Amtsanwalts lautete deshalb auf 1 Woche Gefängnis. Das Gericht nahm noch einmal von einer Freiheitsstrafe Abstand, erkannte aber auf 500 Mark Geldstrafe eventuell 50 Tage Gefängnis.

Schwindelgründung und Urkundenfälschung.

Der Prozeß gegen den Prozeßagenten Heinrich Armonier und dessen Helfershelfer Reinhold Schroeder und Leo Schlamm ist gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts Berlin II zu Ende geführt worden.

Das Urteil lautete dem Wahrsprache der Geschworenen gemäß gegen den Angeklagten Schroeder auf zwei Jahre Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust; neun Monate wurden als verbüßt angerechnet. Der Angeklagte Leo Schlamm wurde zu zehn Monaten Gefängnis, davon neun Monate als verbüßt, und der Angeklagte Armonier zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Aus aller Welt.

Ast oder ?

Ein Epilog in 2 Kapiteln zur Landtagswahl im badiischen Ruesterlande. Kapitel I.

Die Szenerie: Das Tribunal des Schöffengerichts der Groß-Amtsstadt Engen im Högau. Zeit Ende Februar 1914. Spielende Personen: Der Groß-Amtsrichter Straub, ein Beklagter; der Regierungsassessor Frank, ein Kläger. Letzterer ist Besitzer eines „Rammenfächerhutes“ und roten Dadelhundes, was ihn des Liberalismus verdächtig macht, die weil der Amtsrichter Straub, Besitzer eines schwarzen Dadels, sich als guter, frommer Zentrumsmann gegen die Wahl des liberalen Kandidaten ins Zeug legte.

Zatbestand: Im Gasthaus zur „Sonne“ zu Engen sahen am Abend der Hauptwahl etliche gute Christen beisammen, von denen der Groß-Amtsrichter Straub zu dem servierenden Töchterlein des Sonnenwirts Kleiner wörtlich sagte: „So, Fräulein, jetzt bringen Sie mir noch eins; dann trinke ich auf das Wohl des Assessors Frank, weil er mit seinem roten Dadel so glatt am A . . . untergerutscht ist.“

Als das Jungfräulein das Glas Bier kredenzte, fuhr der Amtsrichter in seiner gut katholischen Redeweise also fort: „Dem Assessor mit seinem roten Dadel gehört der Schw . . . abgehauen, dann kann er ihn einziehen und einschnüren!“

Gemäß dem nachfolgenden amtsrichterlichen Befehl: das Mägdlein möge dem es pouffierenden Assessor Frank diese Worte wieder sagen, wurde das Gespräch von der Sonnenwirts Tochter sofort aufgegeben und dem Herrn Frank mitgeteilt. Auch Mutter und Bruder des Fräuleins hatten die Worte als Zuhörer sich eingepreßt.

Die zur Verhandlung der Verteidigungsklage vom Amtsrichter Straub geladenen Entlastungszeugen litten etwas an der reservatio mentalis, d. h. an momentaner Geisteschwäche; doch gaben einige zu, das „am A . . . herunterrutschen“ gehört zu haben, was aber wie Ast, nicht wie podex geklungen habe.

Der klägerische Anwalt erblühte in der vor einem jungen Mädchen vorgetragenen christlichen Rede „einen hohen Grad von Fanatismus und Rohheit“.

Urteil: Amtsrichter Straub wird zu einer Geldstrafe von 50 M. ev. 10 Tagen Gefängnis verurteilt sowie zur Tragung sämtlicher Kosten. Auf Grund der Kleiner'schen Aussagen Winne kein Mißverständnis vorliegen; bezüglich „Ast“ oder „A . . .“ könne Fräulein Kleiner sich vielleicht verfehlt haben. Wenn die Schlußsätze der Anklage von den Zeugen auch nicht gehört sein wollen, so seien sie aber doch wohl gefallen und enthalten zweifellos eine schwere, gräßliche Mißachtung des Klägers, zumal als Bezirksbeamten, deren Tragweite sich der Beklagte als Richter bewußt sein müsse. — Der Vertreter des Beklagten legte Berufung ein.

Kapitel II.

Die Szene: Dasselbe Tribunal wie bei I. Spielende Personen: Groß-Amtsrichter Straub als Kläger; auf der Anklagebank sitzt der Redakteur Ederlin der liberalen „Neuen Segauer Zeitung“ und die Sonnenwirts-Tochter Fräulein Kleiner.

Zatbestand: Ein Zeitungsartikel, worin der Vorgang am Abend der Hauptwahl tatsächlich mitgeteilt ist. Das Töchterlein ist der Verbreitung der Neuherung beschuldigt.

Urteil: In allen Punkten ist der Wahrheitsbeweis tatsächlich erbracht; nur kann es statt A . . . auch Ast heißen haben. (Wie Fräulein Kleiner. Red.) Der Redakteur wird zu 100 M., das Fräulein Kleiner zu 10 M. verurteilt. Dem Redakteur wurde der Schutz des § 193 nicht zugebilligt und folgende Belehrung erteilt:

Das Gericht sehe die Neuherungen Straubs als grobe Taktlosigkeit an, es sei aber in Betracht zu ziehen, daß dieselben in vorgerückter Stunde nach reichlichem Alkoholgenuß gefallen seien. Redakteur Ederlin hätte sich darüber verlässigen können. Mit der Betonung, daß ein Amtsrichter sich in solchen Ausdrücken geäußert habe, sei ein ganz bestimmter Zweck verfolgt worden. Man habe versucht, ihn unschädlich zu machen und aus dem Bezirk hinauszuhebeln. Damit sei der Artikel zu weit gegangen.

Sicherheitszustände in Väterchens Reich.

Auf der russisch-polnischen Eisenbahnstation Porai wurde am Montagmorgen ein Fabrikassessor, der 20000 Rubel Lohngehalt bei sich hatte und von zehn Polizeibeamten begleitet war, von sechs Räubern überfallen, die aus Raubergewehren feuerten und eine Bombe nach ihm warfen. Ein Polizeibeamter wurde getötet und mehrere verwundet. Die Verhaftung des Kassierers mißlang, die Räuber sind entkommen. Am Tatort wurden noch drei Bomben gefunden.

Todessturz ins Meer.

Auf eine tragische Weise endete der Flieger Hanouille, als er über der Bai von St. Sebastian in etwa 100 Meter Höhe einen Sturzflug ausführte. Hanouille verlor wegen Bruch des Steuer- im Gleitflug niederzugehen, jedoch vergeblich, da der Wind sehr stark war. Der Apparat fiel mit den Rädern nach oben herab ins Meer. Ein Spanier warf sich ins Meer und schwamm bis zu dem Apparat, unter dem er den Leib des Fliegers fand. Als er diesen fassen wollte, trieb ihn die Strömung ab. Der Bruder des Fliegers warf sich ebenfalls ins Meer, ertrank aber beinahe. Man glaubt, daß der Flieger sofort getötet worden ist.

Chinesisches Piratennest.

Nach einer Meldung aus Hongkong ist das norwegische Schiff „Schildar“ von chinesischen Piraten, die sich als Passagiere eingeschiff hatten, geplündert worden. Die Piraten überwältigten und fesselten die europäischen Offiziere, raubten den Chronometer und andere Ausstattungsgegenstände sowie 6000 Dollar in bar und brachten ihre Beute auf einigen Dschunken fort. Schließlich gelang es den Offizieren, sich frei zu machen, und sie kehrten mit dem Schiffe nach Hongkong zurück.

Kleine Notizen.

Totschlag mit politischem Hintergrunde. Die Reichstagswahl für den Graen Wielozynski hat in einem Gutsbezirk des Kreises Samter-Birnbaum einen Totschlag gezeitigt. Hierüber wird gemeldet: In dem polnischen Gutsbezirk Kalzig kam es am Montag zwischen dem deutschen Viehhändler Urban und dem polnischen Gutsarbeiter Stefanski zu einem Konflikt, angeblich weil Urban den Besuch einer polnischen Wählerversammlung abgelehnt hatte. Stefanski lauerte abends dem Pflücker auf und schlug ihn dermaßen mit der Mistgabel, daß bald darauf der Tod eintrat. Urban hinterläßt eine Frau und zwei Kinder. Stefanski ist ebenfalls verheiratet. Er hat neun Kinder.

Eine unbequeme Dame. Der Vizepräsident der französischen Kammer, Augagneur, wurde heute früh, als er sich zu einer Sitzung ins Palais Bourbon begeben wollte, von einer Frau tätlich angegriffen. Es handelt sich um die Sängerin Pauline Henry aus Lyon. Sie erklärte dem Polizeikommissar, der Grund ihrer Auseinandersetzung mit Augagneur liege in einer Privatangelegenheit. Augagneur hat gegen die Angreiferin Klage erhoben.

Strandung eines Dampfers. An der Küste von Neuschottland ist der Dampfer „City of Sidney“ gestrandet, das Schiff scheint völlig verloren zu sein. Mehrere Schiffe sind zur Hilfeleistung abgegangen. Der gestrandete Dampfer hatte 25 Passagiere und 40 Mann Besatzung. Ein Teil davon wurde von einem anderen Schiffe übernommen.

Eingegangene Druckschriften.

Die ökonomischen Lebensbedingungen in der Schweiz. Von Dr. H. Freytag. 130 S. — H. Franke, Bern.
Sirius und Siderius. Roman von F. v. Ecken. 2 Teil. Das Kind. 3 Bde. 4 M. — Schöner u. Koelliker, Berlin W 57.
Die Tarifverträge im Zettler- und Portefeullegewerbe 1913. 51 S. — Selbstverlag des Verbandes, Berlin, Bräunstr. 10b.

Ohne Anzahlung

Störe an jedermann

Möbel auf Kredit

bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung u. bequem. Abzahl. komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbelstücke, Polsterwaren, farb. Küchen, Portieren, Gardinen, Leib- u. Bettwäsche, Stoppdecken, Teppiche, Matten, Kronen, Kinderwagen usw. in modernster Ausführung. — Ferner: Garderobe für Herren, Damen u. Kinder

Größte Auswahl neuester Fassons

S. DORN, Weimelerstr. 9

Ecke Alte Schönhauser Str.

Verlangen Sie Stoffe

besten russischen Augen-Schnupftabak

Milo

der anregend und erfrischend wirkt.

In Dosen u. Päckchen a 10 Pf. durch den Zigarrenhandel.

für eleg. Massanzüge, Paletots

Meter 4.-, 6.-, 8.- M.

Damen-Kostüme Stoffe

Meter 3.-, 5.-, 7.- M.

Original englische Stoffe

Meter 8.-, 10.-, 12.- M.

Loden für Pelerinen, Anzüge

Meter 2.-, 3.-, 5.- M.

Reste günstigste Kaufgelegenheit.

Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.

Gertraudenstr. 20-21 vis-à-vis der Patrikirche.

Persil

Das selbsttätige Waschmittel für Hauswäsche!

Henkel's Bleich-Soda

Das Central-Leihhaus unterhält keine Filialen, nur allein Eckhaus Jäger- u. Kanonierstr.

CENTRAL-LEIHHAUS nur allein Jägerstr. 71

Ecke Kanonierstrasse

Abt. I: Hochelegante Monats-Garderoben teils in Prima-Seide zu sehr mässigen Preisen

Elegante Monats-Garderoben, welche in vornehmen Werkstätten nach Mass hergestellt sind, werden als Gelegenheitskäufe zu billigsten Preisen zum Verkauf gestellt, und ist die Auswahl gerade in diesen wenig gebrauchten Massgarderoben jetzt eine sehr grosse, da bei dem Saisonwechsel ein starkes Lager vorhanden

Frühjahrs-Paletots u. Ulster

teils in guter Seide, wenig gebrauchte Massgarderoben

9, 10, 12, 15, 20, 25 | Eleg. Herren-Jackett- u. Rockanzüge

Abt. II Täglicher Verkauf von neuen, eleganten, modernen Anzügen in engl. Mustern und Fassons zu billigsten Preisen; Kammgarnanzüge, Hochzeits- sowie Jünglings- und Knaben-Anzüge. Tausende eleg. Herrengarderoben sind zum Verkauf gestellt, auch selbst für die korpuslastesten Herren passend — alles äusserst preiswert

Damengarderoben: Dam.-Kostüme und -Mäntel in grosser Auswahl.

Eleg. Einsegnungsanzüge preiswert.

Sonntag geöffnet von 12—2 Uhr

Eleg. Einsegnungsanzüge preiswert.

Keine Filialen!

Keine Filialen!

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Bezirk 23a.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse

Moritz Ziesener
Fünferstraße 15
am 14. März verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr,
auf dem Jerusalemer Kirchhofe
in Neudörfen (Hermannstraße) statt.
Um rege Beteiligung ersucht
906/15 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Kollege

Wilhelm Schulz
Lubenarder Str. 23
am 14. d. Mts. an Lungenleiden
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 18. März, nach-
mittags 1 Uhr, vom Trauer-
hause aus nach dem Städtischen
Friedhofe, Eerstraße, statt.
Rege Beteiligung erwartet
114/17 Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter
Deutschlands.
Zahlstelle Groß-Berlin.
Am Sonnabend, den 14. März,
verstarb unser Mitglied

Otto Klepel.
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Halle der Philippus-
Spittel-Gemeinde aus nach dem
Städtischen Friedhofe Müllerstraße
Ede Seelestraße statt.
Am Sonntag, den 15. März,
ist unser Mitglied 56/10

August Stolpe
verstorben.
Die Beerdigung findet morgen
Donnerstag, den 19. März, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
des Dinnelabris-Kirchhofes in
Nordend, Nieder-Schönhausen,
aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse
der
Schlosser
und verwandten Gewerbe
zu Berlin.
Ausschuffung
am Montag, den 20. April d. J.,
abends 8 Uhr,
im Lokale von G. Wollschläger,
Berlin, Landberger Str. 54.
Tagesordnung:
In getrennter Sitzung der Arbeit-
geber und der Versicherten.
Wahl von 4 Vorstandsmitgliedern
und 8 Stellvertretern aus der Gruppe
der Arbeitgeber.
Wahl von 8 Vorstandsmitgliedern
und 16 Stellvertretern aus der Gruppe
der Versicherten.
In gemeinschaftlicher Sitzung der
Arbeitgeber u. der Versicherten.
Wahl des Ausschuffvorsitzenden.
Beratung und Beschlußfassung über
die Krankenordnung.

Anarchisten! **Sozialisten!**
Mittwoch, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr
im Saal von A. Becker, Weberstr. 17:
Große öffentliche Märzversammlung.
Tagesordnung:
1. „Der 18. März und seine Bedeutung für das
Proletariat“. Referenten: Berthold Cahn und Fr. Kniehadt.
2. Freie Aussprache.
Arbeiter, erscheint in Massen in dieser Versammlung.
Die Anarchisten Berlins.
J. H.: Ernst Decker, Pantom.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Bezirk 480.
Am Sonntag, den 15. März,
verstarb unser Genosse, der Händler

Albert Kindt
Neher Str. 20.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 18. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des St. Johannis-Kirchhofes in
Neudörfen, 67/74, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
925/18 Der Vorstand.

Verband der Buch- und Stiel-
drucker- Hilfsarbeiter
und Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am Sonntag, den 15. März,
verstarb ganz plötzlich unser Mit-
glied

Hermann Sauß
im Alter von 41 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 19. März, nach-
mittags 4 Uhr, auf dem Park-
und Andreas-Friedhof in
Wilhelmsberg statt.
27/9 Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer,
Anstreicher usw.
Filiale Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser langjähriges Mitglied,
der Lackierer

Gustav Reichelt
(Ehrlion der Lackierer)
am 16. März verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am
Freitag, den 20. März, nach-
mittags 5 Uhr, im Krematorium
in der Gerichtstraße statt. [136/15
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse
Berlin-Banow.
Am Donnerstag, den 26. März
1914, abends 8 Uhr, findet im Re-
staurant von Rozycki, Berlin-
Banow, Kreuzstr. 3/4, eine
Außerordentliche
Sitzung des Ausschusses
der Kasse mit folgender Tagesord-
nung statt:
1. Berichterstattung des
letzten Ausschuffung.
2. Antrag auf Abänderung des § 62
der Satzung.
3. Beschlußfassung über die Dienst-
ordnung für die Angestellten der
Kasse. 270/6
4. Verschiedene Anlegen-
heiten.
Die Herren Vertreter der Arbeit-
geber und der Versicherten werden
gebeten, vollständig und pünktlich zu
erscheinen.
Eine Regimination wird den Herren
nicht zugelassen.
Berlin-Banow, den 18. März 1914.
Karl Zudig, Vorsitzender.

Steinarbeiter!
Freitag, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr,
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:
Versammlung der Marmorarbeiter
171/7*
Tagesordnung:
Bericht der Tariffkommission
und Stellungnahme hierzu.
Alle zurzeit in Marmor beschäftigten Kollegen sind verpflichtet zu
erscheinen. Die Sektionsleitung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
Bezirk 670.
Am Sonntag, den 15. März,
verstarb unser Genosse, der
Stuhlflechter

Artur Domgall
Baulstraße 80.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 18. März, nach-
mittags 6 Uhr, von der Leichen-
halle des St. Johannis-Kirch-
hofes in Neudörfen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Banarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Stukkateure.
Am 15. März verstarb der
Kollege

Artur Domgall
im 55. Lebensjahre.
Die Beerdigung erfolgt am
Mittwoch, nachmittags 5 Uhr von der
Halle des neuen St. Johannis-
Kirchhofes, Blumenstr., hinter dem
Schützenhaus.
Um rege Beteiligung ersucht
141/13 Der Vorstand.

Verband der Buch- und Stiel-
drucker- Hilfsarbeiter
und Arbeiterinnen Deutschlands.
Filiale Berlin.
Unseren Mitgliedern hiermit zur
Nachricht, daß der Herrmann-
Lackierer Kollege

Moritz Ziesener
am 14. März cr. im Alter von
34 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Halle des Jerusalemer
Kirchhofes, Hermannstraße, aus
statt.
142/19 Die Ortsverwaltung.

Allgemeine
Orts-Krankenkasse
Berlin-Banow.
Am Donnerstag, den 26. März
1914, abends 8 Uhr, findet im Re-
staurant von Rozycki, Berlin-
Banow, Kreuzstr. 3/4, eine
Außerordentliche
Sitzung des Ausschusses
der Kasse mit folgender Tagesord-
nung statt:
1. Berichterstattung des
letzten Ausschuffung.
2. Antrag auf Abänderung des § 62
der Satzung.
3. Beschlußfassung über die Dienst-
ordnung für die Angestellten der
Kasse. 270/6
4. Verschiedene Anlegen-
heiten.
Die Herren Vertreter der Arbeit-
geber und der Versicherten werden
gebeten, vollständig und pünktlich zu
erscheinen.
Eine Regimination wird den Herren
nicht zugelassen.
Berlin-Banow, den 18. März 1914.
Karl Zudig, Vorsitzender.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Freitag, 20. März, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engelstraße 15, Saal 4:
Kombinierte Versammlung
der Ortsverwaltung und Kontrollkommission.
Branche der Einseher und Laden-
einrichtungs- und Kontormöbelbranche.
Sonntag, den 22. März, vormittags 11 Uhr:
Besichtigung der Feuerbestattungsanlagen in Creptow.
Treffpunkt 10 1/2 Uhr, Bahnhof Baumgartenweg.
Zur Deckung der Unkosten sind pro Person 20 Pf. zu zahlen; etwaiger
Ueberschuß wird der Unterstützungsstelle überwiesen.
Modell- und Fabriktschler.
Mittwoch, den 18. März, abends 8 Uhr, im Rosen-
thaler Hof, Rosenthaler Str. 11-12:
Branchen-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht von der Generalfammlung. 2. Bericht von der Gew-
senkung. 3. Stellungnahme zur Branchenkonferenz und Wahl der Dele-
gierten. 4. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern die traurige
Nachricht, daß unser Kollege

Konstantin Manouvrier
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung erfolgt Mit-
woch, den 18. März, nachmittags
4 1/2 Uhr, im Krematorium,
Treptow-Baumgartenweg.
Jahrelange Beteiligung erwartet
23/11 Die Ortsverwaltung.

Mohrenstr. 37a
Kolonaden
Gr. Frankfurterstr. 115
Trauer-
Magazin
Kleider, Hüte etc.
Außerste Preise
Farbige
Konfektion
in größtem
Maßstabe
zu billigsten
Preisen
Westmann

Orts-Krankenkasse
der
Klempner zu Berlin
Bekanntmachung.
Für die Wahl von Vertretern und
Ersatzmitgliedern zum Ausschuff unserer
Krankenkasse ist von den beteiligten
Arbeitgebern und den Versicherten
je ein Vorschlag eingereicht worden.
Die auf den eingereichten Vorschlägen
benannten Arbeitgeber und Ver-
sicherten sind somit gewählt. (8 9
unserer Wahlordnung.) Die Ab-
stimmung über die eingereichten
Wahlvorschläge, die auf den 22. und
23. März angesetzt war, findet nicht
statt. Grund: Die Wahl ist bis zum 18. April
dieses Jahres beim Kassenvorstand,
Hallerstr. 66, oder beim
Versicherungsamt der Stadt Berlin,
Richterstr. 60/67, schriftlich einzu-
reichen. Bis zu diesem Termin liegt
die Liste der gewählten Vertreter
und der Ersatzmitglieder für die be-
teiligten Arbeitgeber und die Ver-
sicherten im Kassensaal in der Zeit
von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr
nachmittags zur Einsichtnahme aus.
Berlin, den 18. März 1914.
Der Vorstand. 270/5
Joseph Hartmann, Vorsitzender.
Kaspar Zeyer, Schriftführer.

Spezialarzt
Dr. med. Wockentauß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Nata-Kur (Dauer 12 Tage).
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Mäßige Preise.
Sprechst. v. 8-8. Sonntags 9-11.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 1057, 1239, 9714, 185.
Am Sonntag, den 22. März, vormittags 10 Uhr,
findet in der Treptow-Sternwarte eine
Sonder-Vorstellung mit Film
für unsere Mitglieder statt. Zur Aufführung gelangt:
Wilhelm Tell
nach alter Chronik.
Billetts a 40 Pf. sind im Bureau Linienstraße 83/85,
Zimmer 3, zu haben.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Möbel-
polierer

Max Hertel
(Blüthenberg, Kreuziger Str. 22)
im Alter von 29 Jahren ge-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 18. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des Friedhofes in Wargahn aus
statt.
Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Lackierer

Hermann Köhler
(Blüthenberg, Kreuziger Str. 22)
im Alter von 63 Jahren gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 19. März, nach-
mittags 5 Uhr, von der Halle des
Elisabeth-Kirchhofes, Prinzen-
allee, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
94/13 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern die traurige
Nachricht, daß unser Kollege

Konstantin Manouvrier
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung erfolgt Mit-
woch, den 18. März, nachmittags
4 1/2 Uhr, im Krematorium,
Treptow-Baumgartenweg.
Jahrelange Beteiligung erwartet
23/11 Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse
der
Klempner zu Berlin
Bekanntmachung.
Für die Wahl von Vertretern und
Ersatzmitgliedern zum Ausschuff unserer
Krankenkasse ist von den beteiligten
Arbeitgebern und den Versicherten
je ein Vorschlag eingereicht worden.
Die auf den eingereichten Vorschlägen
benannten Arbeitgeber und Ver-
sicherten sind somit gewählt. (8 9
unserer Wahlordnung.) Die Ab-
stimmung über die eingereichten
Wahlvorschläge, die auf den 22. und
23. März angesetzt war, findet nicht
statt. Grund: Die Wahl ist bis zum 18. April
dieses Jahres beim Kassenvorstand,
Hallerstr. 66, oder beim
Versicherungsamt der Stadt Berlin,
Richterstr. 60/67, schriftlich einzu-
reichen. Bis zu diesem Termin liegt
die Liste der gewählten Vertreter
und der Ersatzmitglieder für die be-
teiligten Arbeitgeber und die Ver-
sicherten im Kassensaal in der Zeit
von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr
nachmittags zur Einsichtnahme aus.
Berlin, den 18. März 1914.
Der Vorstand. 270/5
Joseph Hartmann, Vorsitzender.
Kaspar Zeyer, Schriftführer.

In Freien Stunden
Die
Wochenchrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Hausarztverein „Neukölln“
Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere
General-Versammlung
auf **Freitag, den 20. März**, verlegt
ist bei Bartsch, Hermannstr. 49, großer Saal.
Voranzeige.
Am dritten Osterfesttag findet eine Aufführung statt:
„Die Schiffbrüchigen.“
Karten a 25 Pf. sind in der Versammlung und in den Geschäfts-
stellen zu haben.
79/14

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Kollege

Wilhelm Schulz
Lubenarder Str. 23
am 14. d. Mts. an Lungenleiden
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 18. März, nach-
mittags 1 Uhr, vom Trauer-
hause aus nach dem Städtischen
Friedhofe, Eerstraße, statt.
Rege Beteiligung erwartet
114/17 Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter
Deutschlands.
Zahlstelle Groß-Berlin.
Am Sonnabend, den 14. März,
verstarb unser Mitglied

Otto Klepel.
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Halle der Philippus-
Spittel-Gemeinde aus nach dem
Städtischen Friedhofe Müllerstraße
Ede Seelestraße statt.
Am Sonntag, den 15. März,
ist unser Mitglied 56/10

August Hoffmann
mar und eine wählende Gesandung.
Wir danken allen, wie auch den Ver-
tretern des 6. Wahlkreises und der
Section der Wähler.
Für alle Hinterbliebenen
Witwe Emilie Hoffmann,
Bornholmer Str. 15.

Verband der Buch- und Stiel-
drucker- Hilfsarbeiter
und Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am Sonntag, den 15. März,
verstarb ganz plötzlich unser Mit-
glied

Hermann Sauß
im Alter von 41 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 19. März, nach-
mittags 4 Uhr, auf dem Park-
und Andreas-Friedhof in
Wilhelmsberg statt.
27/9 Die Ortsverwaltung.

Allgemeine
Orts-Krankenkasse
Berlin-Banow.
Am Donnerstag, den 26. März
1914, abends 8 Uhr, findet im Re-
staurant von Rozycki, Berlin-
Banow, Kreuzstr. 3/4, eine
Außerordentliche
Sitzung des Ausschusses
der Kasse mit folgender Tagesord-
nung statt:
1. Berichterstattung des
letzten Ausschuffung.
2. Antrag auf Abänderung des § 62
der Satzung.
3. Beschlußfassung über die Dienst-
ordnung für die Angestellten der
Kasse. 270/6
4. Verschiedene Anlegen-
heiten.
Die Herren Vertreter der Arbeit-
geber und der Versicherten werden
gebeten, vollständig und pünktlich zu
erscheinen.
Eine Regimination wird den Herren
nicht zugelassen.
Berlin-Banow, den 18. März 1914.
Karl Zudig, Vorsitzender.

Möbel auf Kredit
Sie erhalten bei uns:
Stube und Küche 2 Stuben und Küche
und zwar: von und zwar: von
15 M. Anzahlung **35 M.** Anzahlung
an an
Wochenrate **1.50 M.** an. Wochenrate **2-5 M.** an.
Moderne Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer
in jeder gewünschten Art
von 40 Mark Anzahlung an.
Lieferung auch nach außerhalb
Gebr. Lieber
Alexanderstraße 16 I, vis-à-vis der
Holzmarktstraße
direkt am Bahnhof Jannowitzbrücke.
Bitten genau auf blaue Riesenschilder zu achten.
Sonntag von 12-2 Uhr geöffnet.
Ausschleusen! Mitbringen! Wert 5 Mark!

Westman
Mahrenstraße 37a (nahe Jerusalemer Strasse)
Gross Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
40 neue Fassons
aus eigener Fabrikation, an Eleganz, Billigkeit, Schick
unvergleichlich!
Blusen-Kostüme aus Cotelid, schwarz, blau, grau, mode,
Tuniques weisse, Hindenblüte, rot, bunte Ausführungen
25.—, 30.—, 50.— bis 150.—
Brokat-Mäntel auf reineselbendem Paillette, Kolonne, Moiré in
Solen all. mod. Farb., das Schickste a eig. Fabrikation
36.—, 45.—, 54.— bis 200.—
Sport-Jackets von M 7.—, anl. Höske von M 6.—, anl
Einsetzungskleider von M 11.— an
Winter-Konfektion
Mäntel (sonst 60.— bis 200.—) jetzt 30.— bis 100.—
Ulster (sonst 27.— bis 120.—) jetzt 8.— bis 42.—
Abendmäntel (sonst bis 120.—) jetzt 30.—
Sonntags 12-2 geöffnet



Der 18. März.

Roch es' im Sturm des Märzens
Zerschlag des Winters Reich,
Hersprengten wilde Herzen
Die Fesseln ihrer Zeit.

Parteiangelegenheiten.

Wilmersdorf. Der Wahlverein veranstaltet am heutigen
Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im „Viktoriagarten“, Wilhelmstraße 114
(großer Saal), eine Märzfeier mit künstlerischem Programm.

Reichshaus. Die letzten beiden Stunden des Redekursus
für die vor- und diesjährigen Schüler können erst am 16. und
28. April stattfinden.

Stadtwald. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Wille: Deffentliche
Versammlung. Tagesordnung: 1. Warum mühen unsere Steuern
erhöht werden? Referent: Gemeindevorsteher Hugo Wille. 2. Freie
Ausprache. 3. Verschiedenes.

Borsigwalde - Wittenau. Heute Mittwochabend 7 Uhr wird von
den bekannten Stellen aus wichtige Arbeit geleistet.

Das Wahlbureau befindet sich am Donnerstag von 12-8 Uhr
bei Albert Schulz, Wittenau, Hauptstraße 56. Die Wähler und
Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich an der Wahlarbeit
zu beteiligen.

Potsdam. Heute, Mittwoch, abend, in allen Bezirkslokale:
Bahlabend.

Berliner Nachrichten.

An unsere Abonnenten! Unsere Zeitungspedition, bisher
Große Frankfurter Str. 120, befindet sich vom 18. März an
in der Markussstr. 36, im Laden, zwischen Gr. Frankfurter
Straße und Blumenstraße.

Die Hauptexpedition.

Kinderschicksale.

Es war vor dem Jugendgericht. Ein blinder Betteljunge
wird vorgeführt. Er soll abgeurteilt und bestraft werden,
denn er hat versucht, das Mitleid der Leute zu erregen, und
Mitleid darf selbst der Unglücklichste in unserem heutigen
Staate nicht erregen. Mitleid erregen ist strafbar! Wertt
auch das!

Dieser arme Junge nun (seine Mutter stammt aus einer
adligen Familie und wurde, da sie der Liebe eines einfachen
Mannes folgte, natürlich von ihren Eltern verstoßen) ist
blind geboren. Da es von Anfang an zu Hause elend
zuging, und zum Brechen und Weihen nichts da war, wurde
er in eine staatliche Blindenanstalt gesteckt. Dort brachte
man ihm sozusagen „Etwas“ bei und entließ ihn, als er
„genug gelernt“ hatte. Was sollte er tun? Die Mutter war
kränzlich, der Vater gestorben, die Geschwister durch das
andauernde Elend auf die schiefe Ebene geraten. Nun, er ging
für seine kranke Mutter, für seinen lungentranken Bruder und
für sich betteln. Das heißt, zum Betteln war er zu stolz.
Er hing sich ein Schild vor die Brust und machte einen täg-
lichen Weg durch die Leipziger Straße, erregte durch sein
trauriges Gesicht das Mitleid der Passanten und es gab hin
und wieder einen, der ihm etwas zusteckte. Aber so etwas
fiel die hohe Polizei nicht gern. — Vielleicht, daß es die
Steuerzahlungsfähigkeit der Bürger beeinträchtigt, und man
sagt unfern armenlichen Burschen auf seinem Gang. Urteil:
einige Tage und eine Geldstrafe wegen Bettel. Wohlgeremt!
Geldstrafe wegen Bettel! Der Blinde, dem jedes
einträgliche Geschäft durch seine Krankheit, zu der sich noch
eine schlimme Mittelohrentzündung gesellt hatte, unmöglich
ist, nimmt nach seiner Haftentlassung wieder seine täglichen
Gänge auf.

Diesmal gestaltet sich sein Geschäft um anders und eigent-
lich noch tragischer. In der Nähe des Alexanderplatzes ver-
irrt er sich in der Volksmenge. Ein Schuhmann greift den
in dem Gedränge Verlorenen auf und bringt ihn zu seiner
eigenen Sicherheit auf die Wache. Der Junge erzählt dort
ganz freimütig, daß er auf die Straße geht, weil er weiß, daß
mitleidige Leute ihm etwas schenken. „Versteckte Bettel“,
murmeln die Diener des Herrn v. Jagow. Der Schuh-
mann wird beordert, Strafantrag gegen seinen Schütz-
ling zu stellen (er muß es tun, er hat den Be-
fehl) und der Junge kommt wieder vor Gericht.
In der Verhandlung, der ich beizuohnte, hat er alles erzählt.
Er hat auch gestanden, daß er nach Ablauf der Strafe, die
man über ihn verhängen werde, von neuem die Leipziger
Straße entlang gehen werde. Hat doch der Staat für die
Glenden des Volkes keine dauernde Heimstätte als die Ge-
fängnisse und das Arbeitshaus. Es ist nun einmal so! Wenn

ihr nicht militärlüchtig seid, nicht als Kanonenfutter in Frage
kommt, schert man sich den Teufel um euch. — Ihr habt
nicht euch, euren Angehörigen, euren Kindern zu leben. Ihr,
die ihr noch nicht einmal Steuern zahlt, gehört mit Leib und
Seele dem Staat, der euch aufbewahrt, ähnlich wie man Vieh
und Getreide für die Hungernden aufhebt, der euch hütet, da-
mit er dereinst Menschenmassen genug hat, mit deren Blut,
vom Feind vergossen, er die Keder seiner steuerkräftigen
Agrarier düngen kann! Auch das sind „Kinderschicksale“!
Schicksale der Kinder des Volkes!

Aus der Universitäts-Frauenklinik.

An öffentlichen Entbindungsanstalten hat Berlin keinen Ueber-
fluß. Die meistbenutzten Anstalten dieser Art befinden sich in der
Charité und in der Universitäts-Frauenklinik. Von den Kranken-
häusern der Stadt kommt hauptsächlich das Virchow-Krankenhaus in
Betracht, das eine besondere Abteilung für Geburtshilfe hat.
Zusätzlich gibt es noch einige von Vereinen usw. unterhaltene
Anstalten, z. B. das Wöchnerinnenheim am Leben, das
Wöchnerinnenheim der Heilsarmee. In der Charité und in
der Frauenklinik dienen die Wöchnerinnen und Gebärenden
als Studienmaterial. Das ist nötig, um die werdenden
Kerzte in der Geburtshilfe auszubilden. Aber verdienen kann man's
keiner Schwangeren, wenn sie persönlich sich nicht als Material zu
diesem Zweck hergeben will. Bisher hat freilich wohl keine der beiden
Anstalten über Mangel an Schwangeren zu klagen gehabt. Ungefähr
vollliegt die Charité rund 3000 Entbindungen, die Frauenklinik
etwa 1200 Entbindungen.

Die oft gehörte Klage, daß Schwangere nicht mal
immer Aufnahme finden können, will auch jetzt noch
nicht verschwinden. Aus der Universitäts-Frauenklinik
erfahren wir wieder, daß eine Schwangere in höchster Not abgewiesen
wurde. Sie hatte sich schon am 14. Januar, als noch nicht an Entbindung
zu denken war, zur Aufnahme gemeldet. Nach vorgenommener Unter-
suchung entließ man sie mit dem Bescheid, daß „es noch lange nicht so
weit“ sei. Da man ihr eine „Einschreibegebühr“ von
30 Pfennig abgefordert und ihr hierüber eine Bescheinigung
gegeben hatte, so meinte sie, sich für später die Aufnahme gesichert
zu haben. Daß sie hiermit tatsächlich kein Recht auf Aufnahme er-
worben hatte, darüber sollte sie hinterher in sehr unangenehmer
Weise belehrt werden. Als am 8. März sich heftige Schmerzen ein-
stellten und die Frau noch am Abend nach 10 Uhr in Begleitung
ihres Mannes zur Frauenklinik fuhr, wurde sie wegen Platz-
mangel abgewiesen. Daraus ist selbstverständlich der
Anstalt kein Vorwurf zu machen. Wenn keine Betten
mehr frei sind, bleibt eben nur Abweisung übrig. Gabe
es in Berlin mehr Entbindungsanstalten, dann kämen vielleicht die
Charité und die Frauenklinik zuweilen in Verlegenheit wegen der
Veranschaffung des nötigen Studienmaterials. Aber die Frauen und
Mädchen, die auf die Benutzung öffentlicher Entbindungsanstalten
angewiesen sind, hätten dann weniger eine Abweisung zu beklagen.

In dem oben erwähnten Fall klagt übrigens der Ehemann
bitter über die Form, in der die Abweisung erfolgte. Von dem
Virchow-Krankenhaus, das er dann mit seiner Frau schleunigst auf-
suchte, rüht er dankbar den freundlichen Empfang, der ihnen
dort bereitet worden sei. Daß ihm das auffiel und er es
im Hinblick auf die in der Frauenklinik gemachten Erfahrungen
hervorhebt, gibt zu denken. Die Aufnahme, die im Virchow-
Krankenhaus sofort gewährt wurde, war dringend nötig. Noch in
derselben Nacht ging die Geburt von statten. Die Möglichkeit, daß
sie schon während der Autofahrt von der Frauenklinik nach dem
Virchow-Krankenhaus hätte eintreten können, ist nicht so ohne
weiteres von der Hand zu weisen. Der Ehemann findet es sonder-
bar, daß in der Frauenklinik niemand den Einfall gehabt hat, bei
anderen Anstalten telephonisch wegen Aufnahme anzufragen. Darüber
muß man sich in der Tat wundern. Man stelle sich vor, daß etwa
auch im Virchow-Krankenhaus kein Bett frei gewesen wäre, so daß
der Mann mit seiner in Wehen sich windenden Frau stundenlang
von einer Anstalt zur anderen hätte fahren müssen!

Es wird jetzt so viel geredet von Maßregeln, die der fort-
schreitenden Geburtenminderung wehren sollen. Wie wär's mit
etwas mehr Fürsorge für die Schwangeren, die ihrer schweren
Stunde entgegensehen? Die Stadt Berlin sollte ihre
Krankenanstalten mehr als bisher auch in den
Dienst der Geburtshilfe stellen. An öffentlichen Ent-
bindungsanstalten haben wir, wie schon gesagt, wirklich keinen
Ueberfluß. Auch sonst könnte es nur nützen, wenn der Charité und
der Frauenklinik sozusagen „Konkurrenz“ gemacht würde.
Manche Klage über diese Anstalten würde vielleicht verschwinden,
wenn bei ihnen der Ueberfluß an Studienmaterial aufhörte und sie
trotz sein mühten, Schwangere zu bekommen.

Wie in der Provinzpresse geschwindelt wird.

Ueber die Polendemonstration in der Pauluskirche am Sonntag
wird die Provinzpresse in der schmächtigsten Weise angelogen.
Eine Probe davon gibt ein Bericht in der in Bromberg erscheinenden
„Ostdeutschen Presse“. Dieses Blatt veröffentlicht folgenden Bericht:
„Räumung einer Kirche durch die Polizei. Berlin, 15. März.
In der katholischen Kirche St. Paulus zu Moabit bestehen schon
seit längerer Zeit zwischen den deutschen und polnischen Kirchen-
mitgliedern Reibereien. Der amtierenden Geistlichen hat vor schon
mehrmals von einem heftigsten Schwabernad
der polnisch-sozialdemokratischen Mitglieder
Mitteilung gemacht worden, ohne daß ihnen die Geis-
tlichkeit größere Wichtigkeit beilegte. Trotzdem hat die Geistlichkeit für
alle Fälle das Polizeirevier 64 um Unterstützung, falls beim
heutigen Gottesdienst Aufrührungen vorkommen sollten. Der
Vorsteher des Polizeireviers 64 hatte sechs Beamte in Zivil und
fünf uniformierte Beamte vor Beginn des Gottesdienstes in un-
auffälliger Weise in der Kirche verteilt. Als um 9 1/2 Uhr der
Gottesdienst begann, erhob sich gleich nach dem Gesänge ein
polnisch-sozialdemokratischer Agitator und stellte
den Geistlichen zur Rede. Es entstand Rede und Wider-
rede, die einen ruhestörenden Charakter annahm und den
Geistlichen beantragte, weitere polizeiliche Disziplin und Räumung
der Kirche zu erbitten. Der Reviervorstand kam der Bitte nach
und räumte auf ausdrückliches Verlangen der amtierenden Geis-
tlichkeit die Kirche, ohne auf besonderen Widerstand zu stoßen. Die
Kirche wurde geschlossen und wird heute nachmittags um 6 Uhr zum
Gottesdienst wieder eröffnet werden.“

Also polnisch-sozialdemokratische Mitglieder sind es jetzt schon, die
den Vorfal herbeiführen. Zu diesem Schwindel hat sich selbst
die reaktionäre Berliner Presse noch nicht aufgeschwungen.

Man sieht aber, wie in der Provinz über Berliner Vorgänge be-
richtet wird.

Zur Bekämpfung der Diphtherieepidemien.

Die Diphtherieherblichkeit hatte in Berlin, wo z. B. in 1902
noch 1405 Personen, in 1903 noch 1043 Personen an Diphtherie
(einschließlich Croup) gestorben waren, sich seitdem so weit verringert,

daß in 1902 hier nur noch 226 Sterbefälle dieser Art gezählt wurden.
Es ist zweifellos, daß der rasche und jähe Rückgang der Diphtherie-
herblichkeit hauptsächlich der Anwendung des Diphtherieserums
zu danken war, die damals begonnen hatte. Leider trat dann von
1903 ab eine weitere Minderung der Diphtherieherblichkeit ein, auf 246,
857, 310, 855, 470, 550, 676, 608 in 1903-1910, sogar auf 880 in
1911, aber bis zu der erschreckenden Höhe früherer Jahre stieg die
Diphtherieherblichkeit nicht mehr auf. 1912 und 1913 brachten wieder
eine Minderung auf 649 und 558, was freilich immer noch bedauerlich
hohe Zahlen sind.

Infolge jener Zunahme der Erkrankungen an Diphtherie und der
dadurch verursachten Sterbefälle hatte in Berlin die Stadtverwaltung
sich schon vor einigen Jahren zu besonderen Schutzmaßnahmen ent-
schlossen. Wegen der Diphtherieepidemie des Winters 1911/1912, die
ungewöhnlich viele Opfer forderte, wurden die Armenärzte mobil
gemacht. Bei Diphtherieerkrankungen in der Armenkrankepflege
durften sie kostenlose Schutzimpfungen ganzer Fa-
milien entweder selber ausführen oder durch Krankenhäuser der
Stadt ausführen lassen. Diese vorbeugenden Impfungen der von
Anstaltung bedrohten Angehörigen diphtheriekranker Personen wurden
seitdem in der Praxis der Armenärzte beibehalten, und auch
die Schulärzte ordneten dann solche Impfungen an. Ebenso
widmen die staatlichen Behörden der Diphtheriebekämpfung seit
einigen Jahren mehr Aufmerksamkeit. Im Landespolizeibezirk
Berlin werden jetzt die vorkommenden Diphtheriefälle durch amtliche
Ermittlungen verfolgt. Zur Bearbeitung des gewonnenen Materials
besteht beim Polizeipräsidium eine besondere Kommission, die
auch statistische Erhebungen über den Wert der Schutzimpfung anstellt.
Von hier aus ist an den Magistrat das Ersuchen gerichtet worden,
auch den nicht städtischen Krankenhäusern in Berlin das zur Schutz-
impfung unentgeltlicher Personen erforderliche Heilserum kostenlos
zu gewähren. Der Magistrat hat eingewilligt und bei der Stadt-
verordnetenversammlung die Hergabe der Mittel von 1000 M.
beantragt.

In den Schulen wird der Kampf gegen die Diphtherie-
epidemien auch mit den Waffen der Bakteriologie geführt. Hier
gibt sich so recht, wie unentbehrlich die Schulärzte sind. An-
dauern sind sie bemüht, jede Anstaltungsquelle zu durchlöchern.
Wichtig ist dabei auch die rechtzeitige Ermittlung der
sogenannten Bazillenträger, die selber nicht erkranken,
aber oft die Krankheit auf andere übertragen. Untersuchungen des
Nasenschleims, die nicht nur an erkrankten Kindern, sondern bei
Diphtheriegefahr auch an gesunden und oft an den Kindern ganzer
Klassen ausgeführt werden, ermöglichen die schleunigste Aus-
schließung etwaiger Bazillenträger vom Schulbesuch. Das Unter-
suchungsmittel der Stadt unterstützt darin die Schulärzte. Diese Be-
mühungen, ihre Schwierigkeiten und die dennoch erreichten Erfolge,
werden in dem neuesten Jahresberichte über die Tätigkeit der Schul-
ärzte sehr ausführlich behandelt. Die Schilderung des Ausbruches
und Verlaufes einiger in die Schule eingeschleppten Epidemien
zeigt, wie verhängnisvoll ein einziger nicht rechtzeitig zur
Kenntnis gelangter Diphtheriefall werden kann. Es ist
festgestellt worden, daß auch hinter scheinbar harm-
losen Halsentzündungen nur zu oft sich eine
unerkannte Diphtherie verbirgt. Vorklagt wird, daß viele Eltern es
unterlassen, bei solchen Erkrankungen sofort einen Arzt zu Rate zu
ziehen. Auch an die Schule sollten sie unverzüglich über vermeintliche
Halsentzündungen berichten, damit die Schulärzte schleunigst zum
Schutz der anderen Kinder die etwa nötigen Maßregeln treffen
können.

Der Kampf der Schule und ihrer Ärzte gegen die Diphtherie-
epidemien, die in diesem Winter wieder Sorge und Trauer über so
viele Familien gebracht haben, kann nur bei verständiger Mit-
wirkung der Eltern vollen Erfolg haben.

Die Erweiterungsbauten des Krankenhauses Moabit um tausend
Betten wurden von einem mit der Vorberatung der Magistratsvorlage
eingesetzten Ausschuss einstimmig angenommen.

Verhärfung des Milchkrieges.

Im Berliner Milchkrieg hatte zwischen den streitenden Parteien
die Handelskammer vermitteln wollen. Dieser Versuch ist jetzt
als gescheitert zu betrachten. Gescheitert ist er hauptsächlich an
der Forderung der Interessengemeinschaft märkischer Milchproduzenten,
daß alle Milchhändlervereine die Verpflichtung eingehen sollten, in
erster Linie durch die Interessengemeinschaft ihre Pachtverträge ab-
zuschließen. Diese Forderung war unannehmbar, denn hiemit
würde der Interessengemeinschaft fast ein Monopol gewährt worden,
und gerade das wollen die Milchpächter und Milchhändler verhindern.
Die Interessengemeinschaft droht nun, in Berlin überall
Verkaufsstellen einzurichten, in denen sie Milch zu 16 Pfennig
pro Liter abgeben will. Durch die Konkurrenz, die diese Ver-
bissigung den Händlern bereitet, sollen sie müde gemacht werden.
Pächter und Händler wollen sich mit einer Druckschrift, die über die
Gefahr der dahinter lauenden Milchverteuerung aufklärt, an die Konsumenten wenden.

In die Havel gestürzt und ertrunken.

Ein Opfer seines Verfalls wurde der Schiffer Wilhelm Klausch
aus Branlow i. M. Er befand sich mit seiner Bille auf der Fahrt
durch die Havel nach Berlin. Als er am Rahntand entlang ging,
um sich nach dem Steuer zu begeben, glitt er auf dem schlüpfrigen
Boden aus, verlor das Gleichgewicht und stürzte rückwärts ins
Wasser. Obwohl gleich darauf von den Bedienungsmannschaften
Rettungsversuche unternommen wurden, konnte man den Vermissten
doch nur noch als Leiche bergen.

Ein unternehmender Versammlungsveranstalter.

Zu unserer Mitteilung in Nr. 68, daß während der Proleten-
versammlung gegen den Gehörzwang, die am
3. März in der Koppensstraße stattfand, ein Unberufener in der
Andreasstraße eine „Rebenversammlung“ abhielt, meldet
sich als jener Veranstalter ein Berliner Eugen Pontow, Lebuser
Straße 12. Er bestreitet, daß er in der Versammlung in der
Koppensstraße war und ihm unter den Augen der Polizei die den
Ausgang nach der Straße abschließende Gittertür geöffnet wurde.
Auch sei der Inhaber des Lokals in der Andreasstraße nicht durch
einen anderen Mann, sondern durch ihn selber von der Absicht,
dort eine Versammlung abzuhalten, benachrichtigt worden. In
unserer Notiz war gar nicht von einem „anderen Mann“, sondern
nur von einem „Mann“ die Rede. Dieser „Mann“ war also Herr
Pontow. Vor dem Lokal in der Koppensstraße muß demnach ein tat-
sächlich „anderer“ die Menge, die nicht mehr Einlaß gefunden
hatte, aufgefordert haben, zu einer „Rebenversammlung“ nach der
Andreasstraße zu gehen. Woher wußte der andere im voraus
von Pontows Absicht, in der Andreasstraße eine Versamm-
lung abzuhalten? Herr Pontow bestreitet auch, sich als
„Dauerhafter Sozialist“ bezeichne zu haben. Gejagt habe er,

Abgeordnetenhaus.

51. Sitzung, Dienstag, den 17. März 1914.
vormittags 11 Uhr.
Am Ministertisch: v. Breitenbach.

Der Eisenbahnetat.

Es liegt ein Antrag der Budgetkommission vor, das Abkommen betreffend die Trennung der Eisenbahnfinanzen und der allgemeinen Staatsfinanzen, die Errichtung eines Ausgleichsfonds, auf zwei Jahre zu verlängern, und ein Zentrumsantrag, der eine Verlängerung des Abkommens auf ein Jahr fordert.

Abg. v. Quast (L.):

Die Eisenbahnverwaltung verdient unseren vollen Dank. Auf den gestern geäußerten Wunsch, die Steuerzuschläge aufzuheben, antwortete der Minister, es wäre kein Erfolg für das Geld da. Ich schlage vor, den Vertrag mit der Reichspost zu ändern, der der Eisenbahnverwaltung schwere Lasten auferlegt. Der Wunsch, die Tarife herabzusetzen, ist unberechtigt. Entschieden wenden wir uns gegen die Forderung der Sozialdemokratie, welche die erste und vierte Wagenklasse aufheben will. Es ist ausgeschlossen, daß die Eisenbahnen sich rentieren können, wenn man die sozialdemokratischen Forderungen berücksichtigt und nicht allein die Güter, sondern die Personentaxen herabsetzt. Die Personentaxen auf den Berliner Stadt- und Vorortbahnen sind bereits so niedrig, daß nicht einmal mehr die Betriebskosten gedeckt werden können. Die Wochenkarten für Arbeiter dürfen nicht über einen Umkreis von 15 Kilometer ausgedehnt werden. Dadurch wollen wir verhindern, daß die auf dem Lande ansässigen Arbeiter in industriellen Unternehmungen beschäftigt werden können, die außerhalb ihres Ortes liegen. Die billigen Fahrkarten schaden auch dem kleinstädtischen Gewerbe; denn die Frauen aus den kleinen Städten fahren in die Großstädte, um da ihre Einkäufe zu machen.

Minister v. Breitenbach:

Ich habe durch Erlasse darauf hinzuwirken versucht, daß ein Wechsel der Konjunktur nicht die Entlassung von ständigem Personal in der Eisenbahnverwaltung nach sich zieht. Der Vorwurf, den der Abg. Ströbel gegen die Eisenbahnverwaltung erhob, ist also unrichtig. Gerade das ist ein Vorzug unserer Verwaltung, daß wir die ständig beschäftigten Arbeiter auch in ungünstigen Zeiten behalten. Auch die Behauptung des Abg. Ströbel, daß die billigen Kohlentaxen, die nach ihrer Ablehnung im Jahre 1908 im Saarrevier wieder eingeführt wurden, nichts anderes als eine Liebesgabe für die Schlotbarone seien, ist unzutreffend. Denn seit dem Jahre 1908 ist eine außerordentliche Steigerung der Kohlenproduktion eingetreten. Ferner ist auch die sozialdemokratische Behauptung, daß die erste Eisenbahnklasse viel weniger rentabel sei, als die vierte, unzutreffend, weil die Passagiere der ersten Klasse sieben- bis achtmal so lange Strecken fahren, als diejenigen der vierten Klasse. Durch die Fahrkartensteuer werden hauptsächlich die wohlhabendsten Passagiere belastet, während die vierte Klasse freibleibt. Aber ich gebe zu, daß sich ein ungünstiges Ergebnis infolge der Abwanderung der Passagiere aus der ersten in die zweite, aus der zweiten in die dritte und aus der dritten in die vierte Klasse gezeigt hat. Alle Versuche der Eisenbahnverwaltung, die Fahrkartensteuer umzugestalten, haben bis jetzt zu nichts geführt. Auch die Behauptung des Abgeordneten Ströbel, daß der Plan einer Eisenbahngemeinschaft infolge des Widerstandes Preussens nicht durchgeführt worden sei, und ferner, daß zwischen Preußen und Sachsen ein Eisenbahnkrieg geführt werde, läßt sich nicht beweisen. Der Abgeordnete Ströbel würde mich zu Dank verpflichten, wenn er den Beweis für seine Behauptung antreten würde, daß die Verwaltung der preussischen Eisenbahnen den anderen deutschen Bahnen, namentlich in Oldenburg und Süddeutschland, unfaire Konkurrenz mache. Schlafwagen 3. Klasse sollen eingeführt werden. (Beifall.)

Abg. Gerhardt (Z.):

Für eine allgemeine Tarifermäßigung können wir jetzt nicht eintreten. Die weiteren Ausführungen des Redners, insbesondere über den Verkehr der Stadt- und Vorortbahnen in Berlin, bleiben unverständlich.

Abg. Dr. Köhling (natl.):

Das Abkommen über den Ausgleichsfonds hat uns gute Dienste geleistet. Die Tarife müssen ermäßigt werden, aber nicht im all-

gemeinen, sondern nur von Fall zu Fall, wenn ein Bedürfnis vorliegt. Wir wünschen zugleich mit einer Verbilligung des Güterverkehrs auch eine solche im Personenverkehr. Eine der besten Aufgaben der Eisenbahnverwaltung besteht darin, durch einen gut eingerichteten Vorortverkehr den Städtern den Genuß der freien Natur zu erleichtern. Zur Bekämpfung der Mobilmachung im Kriegsfall muß im Güterverkehr die Luftdruckbremse eingeführt werden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Nolte (Rp.):

Die Ausnahmetarife haben vor allem die Bestimmung, unser Wirtschaftsleben vom Auslande unabhängig zu machen. Unsere Industrie wird nur dann die Konkurrenz mit dem Auslande aufnehmen können, wenn Ausnahmetarife nach den Seestädten eingeführt werden. Gestern hat der Abg. Ströbel die Rede seines Parteifreundes Adolf Hoffmann meiner Dauerrede und der des Abg. Rocco gegenübergestellt. Aber es kommt vor allem darauf an, ob jemand wirklich etwas zu sagen hat. Das Haus hat ein feines Gefühl für die Bedeutung einer Rede. Als z. B. vor einigen Tagen der Abg. Hue sprach, hörte ihm das Haus mit dem größten Interesse zu. Es ist also falsch, zu meinen, das Haus schenke den Reden der Sozialdemokraten niemals Gehör. Wir können dem Abg. Ströbel die Versicherung geben, daß wir stets die Reden der Sozialdemokraten mit Aufmerksamkeit verfolgen werden, wenn sie sachlich begründet sind. (Beifall rechts.)

Minister v. Breitenbach:

Die Ausdehnung des Vorortverkehrs ist meist mit so großen technischen Schwierigkeiten verknüpft, daß ich große Bedenken dagegen habe. Die Verwaltung hat stets das Interesse unserer ganzen Wirtschaftspolitik im Auge gehabt.

Abg. Münsterberg (Rp.):

Nachdem der Steuerdruck so groß geworden ist, ist die Frage berechtigt, ob man nicht die Steuerzuschläge beseitigen soll. Der Redner wünscht ferner Wiedereinführung von Gesellschaftskarten für 30 und mehr Personen, ferner Halbmonatskarten für die Paderbaser und begrüßt die Einführung von Ausnahmetarifen für feine Seefische und wünscht sich gegen die Einführung der eisernen Schwellen statt der hölzernen aus. (Beifall links.)

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der allgemeinen Besprechung angenommen.

Die Kommission beantragt, über die Petitionen, die billige Vororttarife, Fortbestehen der Arbeiterwohnarten und Fahrpreisermäßigungen für wissenschaftliche und humanitäre Zwecke wünschenswert, Uebergang zur Tagesordnung. Der Präsident erklärt, daß das Haus, da kein Widerspruch erhoben wird, so beschliesse.

Abg. Hirsch (Soz.):

Meine Freunde haben zwar keinen formellen Gegenantrag gestellt, weil wir dies für aussichtslos halten. Ich betone aber ausdrücklich, daß wir mit dem Antrag der Kommission auf Uebergang zur Tagesordnung nicht einverstanden sind.

Hierauf wird Uebergang zur Tagesordnung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, eines Teils der Fortschrittler und vereinzelter Nationalliberalen beschloffen.

Darauf werden die Einnahmen bewilligt. Der Antrag der Budgetkommission, das Abkommen betreffend den Ausgleichsfonds auf zwei Jahre zu verlängern, wird angenommen; womit der Zentrumsantrag gescheitert ist.

Beim Kapitel „vom Staate verwaltete Eisenbahnen“ werden die Angelegenheiten der Beamten und Arbeiter, mit Ausnahme der Beförderungfrage, besprochen.

Abg. Dr. Schmitt (Z.):

wünscht die Errichtung einer Eisenbahndirektion in Düsseldorf.

Abg. Wallbaum (Wirtsch. Vg.):

Wir fordern eine Vermehrung der etatsmäßigen Stellen. Die Arbeiterschaft hat die Bestimmung, die Forderungen der Arbeiter zur Sprache zu bringen. Mit Recht weist der Minister auf seinen Betrieben die sozialdemokratischen Bestrebungen heraus. Da gibt es kein Faktieren. Wir erwarten, daß der Minister auch fernerhin der Sozialdemokratie mit Entschiedenheit entgegenzutreten wird. (Beifall rechts.)

Abg. Delius (Rp.):

bringt eine große Reihe von Beamtenforderungen vor. Die Löhne der Arbeiter sind erfreulicherweise gestiegen, aber doch nicht so, daß nicht noch

ein weiteres Steigen erwünscht wäre. Die Leistungen der Eisenbahnverwaltung auf sozialem Gebiet verdienen unsere volle Anerkennung. (Beifall bei der Volkspartei.)

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr.
Schluß 5 Uhr.

Parlamentarisches.

Kiautschou.

Die Budgetkommission des Reichstags verhandelte am Dienstag den Etat für Kiautschou. Staatssekretär v. Tzipich gab in längeren Ausführungen ein Bild von der wirtschaftlichen Entwicklung des ostasiatischen Pazifikgebietes. Im Sitzungslokal der Budgetkommission waren Bilder ausgelegt, die erkennen lassen, daß Tjingtau eine durchaus moderne Stadt ist. Kein Wunder, wenn man bedenkt, daß die Marineverwaltung in der Lage war, stets aus dem Vollen schöpfen zu können. Durch Errichtung eines erstklassigen Musterlagers in Tjingtau soll der deutschen Industrie die Möglichkeit geboten werden, mehr als bisher in China Boden zu fassen. Die Verbreitung deutscher Kultur findet ihre Hauptstütze in der deutschen Hochschule in Tjingtau, die weiter ausgebaut werden soll. Die Mehrausgabe von 600 000 M., von denen zunächst 335 000 M. angefordert werden, findet Bewilligung. Schließlich wurde noch ein konservativer Antrag angenommen, der den Reichskanzler ersucht, in den nächsten Etat einen neuen Etatstiel zur Verbreitung der deutschen Sprache und Förderung von Privatschulen für chinesische Schüler einzusetzen. In dem Schutzgebiet soll auch eine neue Steuer eingeführt werden, nämlich eine Alkoholfsteuer, die zunächst 60 000 M. im Jahre bringen soll. Bei dieser Gelegenheit bemängelte ein sozialdemokratischer Vertreter, daß noch immer eine Opiumabgabe von 4000 M. im Etat enthalten ist. — Die Vertreter des Reichsmarineamts wiesen darauf hin, daß Opiumhöhlen in beschränktem Umfang im Schutzgebiet zugelassen werden müssen, weil sich sonst solche Opiumhöhlen in der Nähe der Grenze ansiedeln würden. Man sei aber besorgt, diese Höhlen immer mehr zu vermindern. Der Etat von Kiautschou wurde bewilligt.

Kommunalabgabengesetz und Wertzuwachssteuer.

In der Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorbereitung des Entwurfs eines Kommunalabgabengesetzes, die am Dienstag ihre Arbeiten begann, wurde die Aufnahme von Bestimmungen über die Wertzuwachssteuer in das Gesetz angeregt. Nach einer Erklärung des Ministers des Innern soll dem Landtage demnächst ein Gesetz vorgelegt werden, durch den der Zustand wieder hergestellt werden soll, der in bezug auf die Wertzuwachssteuer vor Erlass des Reichswertzuwachssteuergesetzes bestanden hat. Dieser Ansicht traten mehrere Mitglieder der Kommission entgegen. So sprach sich u. a. ein Mitglied des Zentrums dafür aus, daß den Gemeinden hinsichtlich der Besteuerung des Wertzuwachses nicht wieder die unbeschränkte Autonomie gewährt, sondern daß ausschließlich gesetzlich festgelegt werden möge, daß die Wertzuwachssteuer sich in angemessenen Grenzen halten müsse. Diesen Vorschlag bekämpfte der Finanzminister unter Hinweis darauf, daß zunächst das Reichsgesetz über die Zuwachssteuer aufgehoben werden müsse.

Hierauf trat die Kommission in die Spezialberatung des Entwurfs, an dem sie einige unbedeutende Änderungen vornahm. Ein sozialdemokratischer Antrag, wonach Veranlassungen der Gemeinden, zu deren Benutzung alle Gemeindeangehörigen oder einzelne Klassen verpflichtet sind, nicht mit der Absicht auf Gewinn betrieben werden dürfen, wurde gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt.

Preussische Disziplin für die Krankenkassenbeamten.

In der Handels- und Gewerbekommission des Dreiklassenhauses wurde am Dienstag das Gesetz beraten, das die Dienstvergehen der Beamten der Orts-, Land- und Innungskrankenkassen betrifft. Der sozialdemokratische Vertreter hatte mehrere Anträge hierzu gestellt, insbesondere daß Ordnungsstrafen nicht über 90 M. hinaus und nicht vom Landtag, sondern nur vom Kassenvorstand verhängt werden dürften, sowie daß strenger Arrest in Wegfall zu kommen hat. Die Rechte erklärte zu diesem letzteren Antrag, er sei ihr sympathisch, aber man habe in den Petitionen noch keine Stellung dazu genommen. So wurden sämtlich sozialdemokratische Anträge abgelehnt und das Gesetz angenommen.

Möbel-Kredit mit spielend leichter Anzahlung

Da staunt der Fachmann und der Laie wundert sich !!!

Mit 10 Mark Anzahlung
1 Kleiderspind
1 Metallbettstelle
1 Auflegematratze
1 Spiegel
2 Stühle
1 Speisetisch
1 kompl. Küche

Mit 20 Mark Anzahlung
2 Metallbettstellen
2 Auflegematratzen
1 Kleiderschrank
1 Verilkow
1 Spiegel
1 Speisetisch
2 Stühle
1 komplette Küche

Mit 30 Mark Anzahlung
2 Metallbettstellen
2 Auflegematratzen
1 Kleiderschrank
1 Wäscheschrank
1 Sofa
1 Spiegel
1 Speisetisch
2 Stühle
1 7teilige Küche

Mit 40 Mark Anzahlung
1 engl. Schlafzimmer bestehend aus:
2 Bettstellen
2 Polstermatratzen
2 Auflegematratzen
2 Kalkissen
2 Nachtschränke mit Marmorplatten
1 Wasserkommode
1 Anschraubspiegel mit Facetglas
1 Ankleiderschrank mit Facetglas
2 Stühlen mit Rohrreiz

Mit 50 Mark Anzahlung
1 Herrenzimmer bestehend aus:
1 Bibliothek
1 Diplomatschreibtisch
1 Moquettesofa
1 Umbau, 1 Tisch
2 Lederstühle
1 Schreibessel mit Ledersitz

Mit 60 Mark Anzahlung
1 Speisezimmer bestehend aus:
1 Büfett
1 Kredenz
1 Umbau
1 Moquettesofa
1 Zweizugtisch
4 Lederstühle

Größtes Kreditunternehmen Deutschlands mit blau-weißen Firmenschildern !!!

Kredit-Feder

Zentrale: Brunnenstrasse 1
Filiale: Frankfurter Allee 89
Filiale: Kottbuser Damm 103
Filiale: Charlottbg.: Scharrenstr. 5

H. Wetken & Co.

Tel.: Morikplatz 13 268 **Oranienstr. 166** Nahe dem Oranienplatz
Modernes Spezialhaus für Herren- und Knaben-Garderobe

Summi-Mäntel moderne einfarbige, Covercoat u. engl. gemusterte Stoffe
Mark 15, 17, 19, 23, 26, 29, 35, 36, 39, 43

Pelerinen mit Kapuze aus imprägn. Lodenstoffen, in grauen, grün- u. braunlichen Farben ... Mark 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 23, 26, 29

Bozener Mäntel aus einfarbig u. gemusterten imprägnierten Lodenstoffen
Mark 15, 17, 19, 23, 26, 29, 33

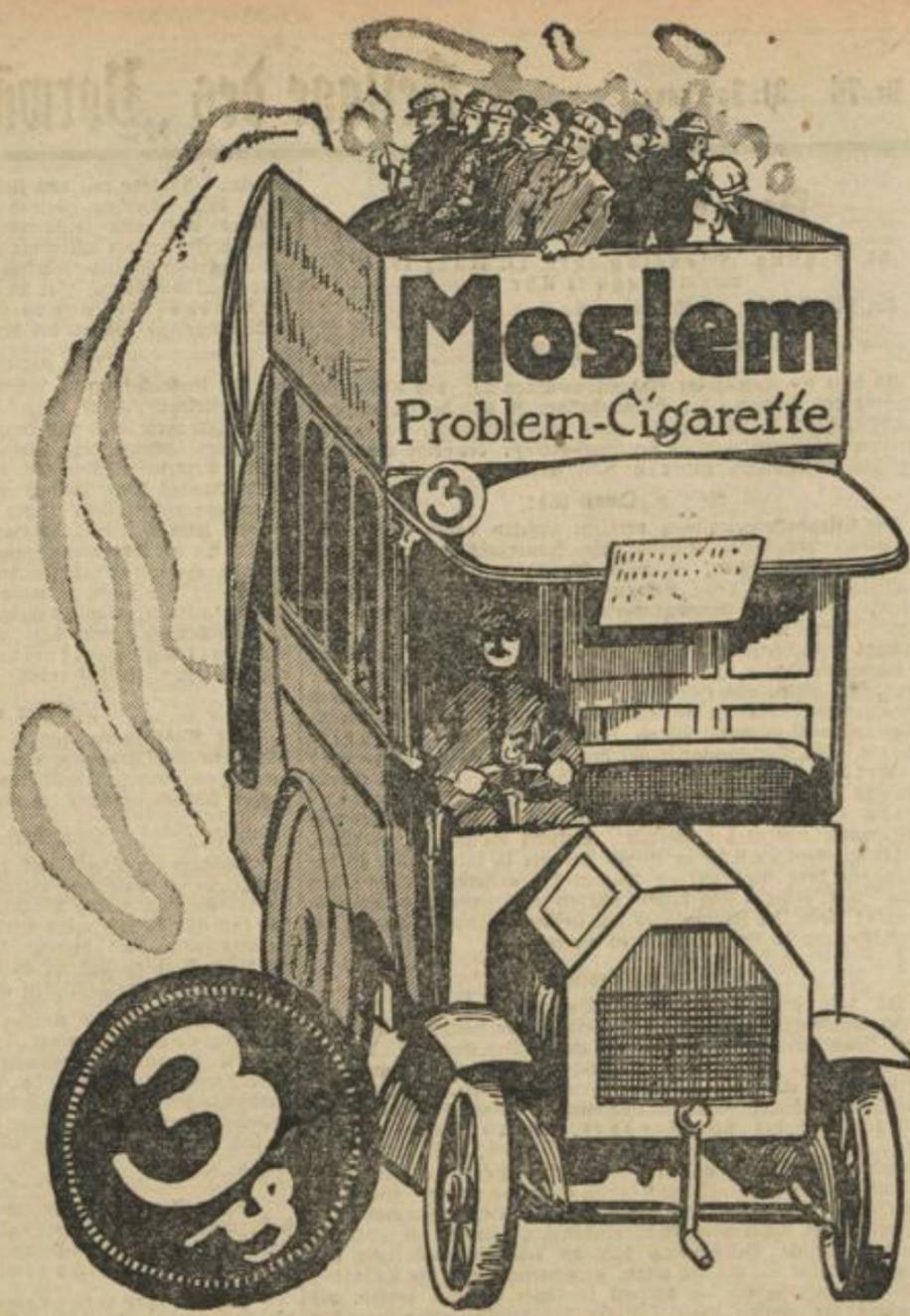
für prima Verarbeitung und tadellosen Sitz übernehmen wir jede Garantie.



Entweder Kathreiners Malzkaffee oder gar keinen!
Ich lasse mich nicht täuschen! Ich kenne den echten
Kathreiners Malzkaffee nicht nur am geschlossenen Paket
mit Kneipp-Bild, sondern auch an seinem Wohlgeschmack
und würzigen Aroma.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Sommer noch **Pißelswerder**,
an der neuen **Beerstraße** bei n **Alten Freund**.

Haben Sie Stoff?
ich fertige davon **Anzug od. Paletot**
nach **Maß**, **schick**, **dauerh.** **Zustaten**
von **25 Mark an**, **Moritz Laband**,
Neue Promenade 8, II. (Stadth. Biers.)



Theater.

Mittwoch, 18. März 1914.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Berliner. Die Frau von Messina.
Anfang 4 Uhr.
Thalia. Helteres Kinder-Rach-
mittag.
Anfang 5 Uhr.
Vossage-Theater. Kino-Varieté.
Anfang 6 Uhr.
Eines Palast am Zoo. Varieté-
Sitzspiele.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Eines Nollendorfer-Theater. Varieté-
Sitzspiele.
Anfang 7 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Lobengrin.
Kgl. Schauspielhaus. Der Gyn.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Ein Sommernachts-
traum.
Zirkus Busch. Galavorstellung.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die Reise um die Welt
in 40 Tagen.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Hochspannung.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt:
Fortschritt und Höhe kultureller
Entwicklung.
Reffina. Paganini.
Königsgräber Straße. Die Teut-
wälder.
Kammerspiele. Bellensteinen.
Deutsches Opernhaus. Der Frei-
schütz.
Deutsches Künstler-Theater.
Galar.
Theater an der Weidendammer
Brücke. Der müde Theodor.
Trionan. Er und der Andere.
Romdionhaus. Kammermusik.
Theater am Nollendorferplatz.
Kunstliches Ballett.
Lustspielhaus. Die spanische Affäre.
Schiller O. Das Glück im Winkel.
Schiller Charlottenburg. Die
Maschinenbauer.
Theater des Westens. Polenblut.
Montis Operetten. Jung-England.
Berliner. Die einst im Mai.
Kleines. Zeitgen Gebest.
Thalia. Die Langoprinzessin.
Residens. Der Regimentspapa.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches.
Fräulein Trullala.
Roie. Romeo und Julia.
Kaffins. Die alle Webern.
Herrnsfeld. Die von oben und unten.
Reichshallen. Eitelner Säger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Der Stolz der 3. Kom-
pagnie.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Suffen. Unser Junge.
Walhalla. Tangolleber.
Folies Caprice. Café Klingelheim.
Der Heiratstag. Meyerstein.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volks-Theater. Der Kaiser-
jäger.
Anfang 9 Uhr.
Admiralpalast. Die lustige Puppe.

Berliner Gispalast. Im Krug
zum grünen Kranz.
Eines Nollendorfer-Theater. Varieté-
Sitzspiele.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-63
Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die beiden Leonoren.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die beiden Leonoren.
Schiller-Theater
Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das große Licht.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.
Theater in der Königsgräber Straße
8 Uhr:
Die Teutwälder.
Komödienhaus.
8 Uhr:
„Kammermusik“.
Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.
Theater des Westens.
8 Uhr: **Polenblut.**
Sonnt.nachm. 3 1/2: Der Hebb Augustin.
Theater am Nollendorferplatz 5.
8 Uhr: **Russisches Ballett.**
Scheherazade, Carnaval, Fastia (neu),
Polwitzer Tänze.
Deutsches Künstlertheater
Sozietät.
Nürnberg. Straße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollendorf 1283.
Abends 8 Uhr:
Cafard.
Donnerstag 8 Uhr: **Cafard.**
Friedr.-Wilhelms Theater.
Anfang 8 Uhr.
Fräulein Trullala.
Sonnt.nachm. 3 Uhr: Die Kino-Königin.
Residenz-Theater 8
Uhr **Der Regimentspapa.**
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Romeo und Julia.
Trauerspiel in 5 Akten von
Shakespeare.
Anfang 8 Uhr.
Morg.: Die Maschinenbauer v. Berlin.

Theater a. d. Weidendammerbrücke
8 Uhr: **Der müde Theodor.**

Reichshallen-Theater
Stettiner Säger
Unsere süßen
Dienstmädels.
Ballette v. Reffel
Anfang 8 Uhr.
Nächsten
Sonntag, nachm.
3 Uhr:
„Manöver-Wibe“.

Metropol-Theater.
Abends präzis 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.

Passage-Panoptikum.
Der englische
Riese
Teddy Bobs.
Der größte Mensch, der je
gelebt! 100 mm größer als
Machnow! 19 Jahre alt.
Ohne Extra-Entree!

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
8 1/2 Uhr: **Unser Junge.**
Volksstück mit Gesang und Tanz
in 5 Akten von Hans Rittler.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82 — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Berliner Konzerthaus-Orchester Dirigent:
Franz v. Blon.
Musikkorps d. Carde-Füslier-Regiments Dirg. Oberrn. Doppel
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem
Wochentagen: Eintritt.

URANIA

Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Dir. A. Fürst:
Hochspannung.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt:
Fortschritt und Höhe kultureller
Entwicklung.
Voigt-Theater
Badstraße 58.
Mittwoch, den 18. März 1914:
Philippine Welfer, die schöne
Kugoburgerin
oder:
Fürst und Bürgermädchen.
Kasseneröffnung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.
Voranz. i. Mittw., 23. März, Benefiz
f. Eg. Weidlich: Im Rausch d. Lebens.

Gala-Lichtspiele
Schöneberg
Hauptstraße 45.
Die
Geburt d. Marseillaise
(Das Kriegslied der Rheinarmee)
Illustriert durch melodramatischen Ge-
sang der bekannten Sängerin Luise
del Jopp-Lings in den Hauptrollen:
Wanda Treumann und
Viggo Larsen.

Trionan-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Er und der Andere.
Sonntags 3 Uhr: **Die Liebe wacht.**

Walhalla-Theater.
Täglich 8 1/2 Uhr: **Tangolleber.**
Gr. Folie m. Ges. u. Tanz in 3 Akten
von G. Herant. Musik u. Hugo Herich

Zirkus Alb. Schumann.

Heute Mittwoch, den 18. März,
abends 7 1/2 Uhr:
Große Sport-Vorstellung.
U. a.:
The Arrigouis, 1 Dame,
8 Herren. Ein Potpourri in
den Läften.
Neue Sportspiele
geritten von 8 Herren,
erfand. v. Dir. Alb. Schumann,
Orig.-Little Freeds
Akrobat. u. kunstreich. Hunde
u. d. übrig. neuen März-Attraktion
Um 9 1/2 Uhr:
Das große Ausstattungstück
in 7 Bildern
„Tipp“
der Derby-Favorit 1914.

Berlin-Wilmersdorf
am Fehrbelliner Pl.
Ecke Mannheimer und
Brandenburgische Straße
Haltest. d. elektr. Straßenb.
Zirkus
Barum-
Schau.
Heute Mittwoch, 18. März:
brillante
2 Vorstellungen
nachmittags 4 Uhr,
abends 8 1/2 Uhr.
In der Nachmittags-Vor-
stellung ein ungekürz-
tes **Abend-Prgr.** zu
klein. Preis f. Erwachsene
u. Kinder unter 12 Jahren.
Abends 8 1/2 Uhr:
Das grandiose Programm
mit 23 Weltattraktionen

Folies Caprice.
8 1/2 { **Café Pingsheim**
Der Heiratstag
Meyersteins

Germania-Prachtsäle
N., Chausseestr. 110. K. Richter.
Jeden Mittwoch:
Paul
Mantheys
Iustige
Sänger.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nachdem **Freitanz.**
— Vorzugsarten gelten. —
Jeden Donnerstag:
Großes Militär-Streich-Konzert
Anschl. Familienfräuden.

Admiralpalast.
Eis-Arena.
Täglich:
Die lustige Puppe.
Großes Ballett auf dem Eis.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
ab halbe Kassenpreise.
Wein- u. Bier-Abteilung.
Für den Inhalt der Juwelen
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Auflds. d. Zirkus Busch a. 31. März.

Zirkus Busch.
Heute Mittwoch, den 18. März,
abends 7 1/2 Uhr:
Große Galavorstellung.
Die Bale Troupe,
Kunsttrabfahrer.
Mad. Garnier mit ihrem sensatio-
nellsten Sprung mit dem Fahrrad
aus der Zirkuskuppel sowie Kul-
turellen aller großen Spezialitäten.
Zum Schluß:
„Pompeji“.
Orig. Ausstattung-Pantomime d.
Zirkus Busch in 5 glänzend. Akt.

WINTERGARTEN
Olga Desmond
und eine Auslese
hervorragender Kunstkräfte!
— Rauchen gestattet! —

Apollo-Theater.
Tel.: Lützow 2757.
8 Uhr. Zum 89. Male: 8 Uhr.
Der Stolz d. 3. Kompagnie
mit
Hartstein.
Lassen ohne Paule!
Rauchen gestattet!

Casino-Theater
Lehringer Straße 37. Täglich 8 Uhr
Boon, (sprechen die Berliner?)
den „Die alle Webern“
Vorüber lassen die Berliner?
Ueber „Die alle Webern“
Madon laufen die Berliner?
Ju „Die alle Webern“
Sonnt. 4 Uhr: **Mädchenchöre.**

Admiralpalast.
Eis-Arena.
Täglich:
Die lustige Puppe.
Großes Ballett auf dem Eis.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
ab halbe Kassenpreise.
Wein- u. Bier-Abteilung.
Für den Inhalt der Juwelen
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.